37. Jahrgang | Bochum, den 21. März 1925 | Nummer 12

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57613 Giro-Konto Bank der Arbeiter und Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65 | Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg. | Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38/42 | Telephon-Nummern: 4300, 4301 Telegramm: Altverband Bochum

Kämpft um die Betriebsräte!

Kameraden! Wir stehen vor der entscheidenden Stunde des Kampfes um die Betriebsräte. Tausendfältig wollen wir die Kraft unserer Organisation ins Feld führen, um unsere Ideen zur Geltung zu bringen. Unermüdliche Tatkraft, zähe Energie, zielbewußtes Wollen, leidenschaftliche Hingabe für den Fortschritt, die freiheitliche Gestaltung und geistige Durchdringung der Wirtschaft sind die Tugenden, die innerhalb der aufstrebenden Arbeiterklasse verankert ruhen!

Kameraden! Weckt diese Tugenden! Führt sie in zehntausendfacher Gliederung ins Kampffeld! Die Betriebsrätewahlen müssen das Ergebnis haben, daß über allen Werken und Schachtanlagen die Fahne der Arbeitereinigkeit und des Fortschritts sichtbar wird! Funktionäre, Pioniere der Arbeiterklasse: Auf, rührt die Trommeln der Propaganda! Laßt euren Weckruf durch die Bergreviere hallen! Auf, Kameraden, ans Werk! Alle Mann zur Stelle! Bergarbeiter, Kameraden, durch Kampf zum Sieg!

Propagandisten der Arbeiterzersplitterung.

Die Betriebsrätewahl im Lichte der bolschewistischen Parolenschmiede.

Ebensowenig „wie die Katze das Mausen lassen kann", kann die KPD. die Zersplitterung der in den Gewerkschaften konzentrierten Macht der Arbeiterschaft unterlassen. Darüber hilft selbst das lauteste Geschrei der Kommunistischen Partei, und keine noch so ofte Wiederholung ihrer jüngsten Parole: „Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit" hinweg. Die Taktik der KPD. ist nur insofern eine andere geworden, als man früher eine unablässige Agitation für den Austritt aus den Gewerkschaften und den Eintritt in die „einzige Arbeiterpartei", die KPD. und ihre Abkömmlinge, die Uniönchen, trieb. Die deutschen Moskau-Stipendiaten glaubten damals mit Hilfe eines widerlichen Verleumdungsfeldzuges, gegen die Gewerkschaftsführer und sonstigen „reformistischen" Funktionäre das Gros der deutschen Arbeiterschaft unter dem Banner des Bolschewismus sammeln zu können, um endlich den großen Schlag bei der Durchführung ihrer „Weltrevolution" wagen zu können. Als aber die schlimmste Periode für die Arbeiterbewegung, die mit Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit, Not und Elend gepflasterte Umstellung der Wirtschaft von der Inflation zur Festwährung vorüberging, **ohne daß die erhoffte Massenflucht aus den Gewerkschaften Wirklichkeit wurde,** und als ganz besonders die mit so großem Tamtam propagierte Entscheidungsschlacht in Form einer Oktoberrevolution 1923 so schmählich verpuffte, **da kam der große Katzenjammer.** Man sah ein, daß auf dem bisher begangenen Wege es unmöglich sei, von Deutschland aus der Weltrevolution einen festen „Reiseplan vorzuschreiben". Der geplante Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften wurde von einem Kampfe um die Eroberung der Gewerkschaften abgelöst. Zu diesem Zweck muß die Parole „Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit" herhalten. Durch die Aufforderung zum „Masseneintritt" in die freien Gewerkschaften hofft man dieselben so „revolutionär" beeinflussen zu können, daß sie ein williges Werkzeug in den Händen der Sowjetdespoten werden. Daraus ist ersichtlich,

daß die Propagierung der „gewerkschaftlichen Einheit" nichts anderes als der neueste Massenbetrug bolschewistischer Intriganten ist, mit deren Hilfe sie die Erwerbung verloren gegangener Sympathien innerhalb der Arbeiterschaft erhoffen. Die deutschen freien Gewerkschaften sollen unter die Knute Moskaus gezwungen werden.

Nirgends kommt dieses wirkliche Ziel der neuesten bolschewistischen Propaganda besser zum Ausdruck als in ihrer **Agitation für die Betriebsrätewahlen.** Es ist bekannt, daß es ein selbständiges Denken und Handeln der kommunistischen Funktionäre nicht geben darf. Diese sind nur dazu da, „Befehle" und „Anweisungen" übergeordneter Instanzen durchzuführen. Zu diesem Zwecke werden auch anläßlich der Betriebsrätewahlen alljährlich entsprechende Anweisungen von der kommunistischen Zentrale herausgegeben. Die für das Jahr 1925 herausgegebenen Richtlinien für die Bezirksleitungen sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Abgesehen davon, daß ihre Verwirklichung einen derartigen Kadavergehorsam zur Voraussetzung hat, dem unweigerlich geistige Verblödung folgen muß, ist daraus **die Lüge von der „gewerkschaftlichen Einheit"** einem jeden, der sich nur ein „Quäntchen" selbständiges Denken bewahrt hat, erkennbar. Wer ehrlich für die gewerkschaftliche Einheit wirkt, muß notwendig für die Ausübung einer sachgemäßen gewerkschaftlichen Tätigkeit eintreten. Aber gleich zu Anfang zeigt sich der Pferdefuß der kommunistischen Propaganda. Im Abschnitt I Ziffer 1 wird die Frage „Worauf kommt es an?" folgendermaßen beantwortet: „Wir wollen den **Einfluß der Partei** in Betrieben **und freien Gewerkschaften** zur Vorbereitung **künftiger Kämpfe** verstärken." Daraus geht schon der ganze Lug und Trug des bolschewistischen Schwindels mit der „gewerkschaftlichen Einheit" hervor. **Denn dahinter verbirgt sich nichts anderes als der Wunsch, die freien Gewerkschaften zu dem Kräftereservoir zu machen, aus dem in den künftigen Kämpfen zur „Durchführung der Weltrevolution" die Arbeiterleiber entnommen werden sollen** und nicht der aufrichtige Wille, unter Wahrung der Selbständigkeit der gewerkschaftlichen Existenz zur Stärkung der Gewerkschaften in ihrem Kampfe gegen die soziale Reaktion beizutragen. Die KPD. beweist damit nur aufs neue, daß, solange von ihr die Gewerkschaften als Filialen bolschewistischer Parteiorganisationen angesehen werden, die gewerkschaftliche Einheit nicht kommen kann. Da die jetzigen Gewerkschaftsführer für diese geradezu verbrecherische Taktik nicht zu haben sind, wird unter Ziffer 2 den kommunistischen Gewerkschaftern (**und denen, die es werden sollen**), die Aufgabe gestellt, für den Rausschmiß der sogenannten reformistischen Funktionäre zu sorgen.

Aber noch schöner kommt die „Ehrlichkeit" kommunistischer Agitation in den Ziffern 3—6 der obengnannten „Richtlinien für die Betriebsrätewahlen 1925" zum Ausdruck. Nachdem unter 3 die Frage aufgeworfen wird: „Welche Taktik ergibt sich hieraus (aus dem Ziel: Eroberung der Gewerkschaften zwecks Umgestaltung in eine bolschewistisch-putschistische Prätorianergarde. D. V.) für die Aufstellung der Kandidatenliste?", wird gefordert, daß die Kommunisten **um die Besetzung der freigewerkschaftlichen Listen kämpfen.** In bestimmten Fällen können jedoch auch „parteilose" und „sozialdemokratische" Arbeiter aufgestellt werden, wenn diese sich verpflichten, die Politik der SPD. zu bekämpfen. Es kommt bei der KPD. also gar nicht darauf an, ob die betreffenden Kandidaten ist, daß **die KPD. die Züchtung von Verrätern systematisch betreibt,** denn wer seine Partei verrät, ist für sie ein begehrenswerter Bundesgenosse. Die mühselige Hebung des geistigen und sittlichen Niveaus der Arbeiterklasse, welche die Gewerkschaften in jahrzehntelanger Arbeit bewerkstelligten, und das gesunde Empfinden der Arbeiterklasse, daß mit Verrätern keine gemeinschaftliche Sache zu machen ist, **wird von diesen Raubrittern an wahren Kulturgütern planmäßig der Zerstörung zu überliefern versucht.** Fürwahr, die KPD. braucht Sklavennaturen, die geist- und willenlos auf jeden Wink gewissenloser Parteidiktatoren reagieren.

Was die nichtkommunistische Arbeiterschaft dort zu erwarten hat, wo die Kommunisten in der Mehrheit sind, geht aus Ziffer 4 hervor. Da heißt es u. a.: **„Keine Verhandlung mit SPD.-Leuten!"** Es wird also aufgefordert, von dem „Recht" des Diktats rücksichtslos Gebrauch zu machen. Anders müssen sich dagegen die Gläubigen des Moskauer Apostolats benehmen, wenn sie in der Minderheit sind. Alsdann ist „mit aller Entschiedenheit das Recht der Minderheit auf Vertretung im Betriebsrat zu verfechten". **Das ist ein typisches Beispiel für die „Ehrlichkeit" des Zusammenarbeitens von Kommunisten mit den Gewerkschaftern.**

Daß der KPD. in Wahrheit nicht das geringste an der Verwirklichung ihrer neuesten Phrase von der gewerkschaftlichen Einheit gelegen ist, sagt ausdrücklich die Ziffer 5, worin die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert werden, in Betrieben, wo die Besetzung der Kandidatenlisten mit Kommunisten nicht gelingt, die gegnerischen Listen der Union usw. zu wählen. Das ist der offensichtlichste Beweis dafür, daß die KPD. trotz ihrer Aufforderung zum Eintritt in die freien Gewerkschaften die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft weiter schürt.

Die Parole wurde gewechselt, aber nicht das Ziel.

Die vorstehende Illustrierung des ersten Abschnitts der kommunistischen Richtlinien wäre eigentlich Beweis genug für die Verlogenheit der jüngsten kommunistischen Propaganda. Es lohnt sich aber noch, an Hand des zweiten Abschnittes über „die organisatorischen Arbeiten" und an einem praktischen Fall der Bevormundung kommunistischer Gewerkschaftsmitglieder durch die Instanzen der KPD. diesen Beweis zu bekräftigen. Wer für die gewerkschaftliche Einheit eintritt, also die freien Gewerkschaften als die einzige maßgebende Organisation der Arbeiter in der Gesamtwirtschaft sowohl wie im Betriebe anerkennt, **dessen erste Pflicht ist es, nicht nur die Bildung von Sonderorganisationen zu unterlassen, sondern auf das heftigste zu bekämpfen.** Das wäre logisch und konsequent. Logik und Konsequenz sind aber anscheinend für die KPD. zwei unbekannte Begriffe. Denn obwohl in der Oeffentlichkeit die KPD. mit der Phrase der Gewerkschaftseinheit hausieren geht, wird es den „Genossen im Betriebe" im Abschnitt II unter Ziffer 1a zur Pflicht gemacht, Betriebszellen zu bilden. **Die Arbeit dieser Betriebszellen soll „auf jeden Fall eine illegale" sein. Außerdem soll diese Betriebszelle den im Betriebe vertretenen freien Gewerkschaften übergeordnet sein.** Denn unter Ziffer 4a wird den Betriebszellen die Aufgabe zugewiesen, die Aufstellung der Vorschlagslisten für die Betriebsrätewahl vorzunehmen.

Damit die KPD. die Gewißheit hat, daß nur absolut willenlose Werkzeuge in den Besitz der Betriebsratsfunktion gelangen, müssen die Kandidaten von der Parteileitung (Orts- oder Bezirksleitung) bestätigt werden.

Höher gehts nimmer! **Durch illegales Arbeiten sollen die Gewerkschaften unterwühlt werden, die Bestellung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betriebe** (solche sind die Betriebsräte laut Beschluß der obersten Gewerkschaftsinstanz, dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig) **soll Sache der kommunistischen Betriebszelle und der kommunistischen Parteileitung sein!** Dabei wagen diese Sendlinge machtlüsterner Moskauer Sowjet-Cäsaren von der Gewerkschaftseinheit zu reden! Ist ein besserer Beweis für die Verlogenheit der bolschewistischen Agitation denkbar? Nein! **Nach wie vor ist es der geheime Wunsch der Sowjetpäpste, die Gewerkschaften zu einem willigen Machtinstrument bolschewistischer „Staatskunst" zu machen.** Nur die Parolen, mit deren Hilfe man dieses Ziel erreichen will, werden von Zeit zu Zeit geändert. In psychopathischer Großmannssucht träumen diese Leutchen nach wie vor den illusionären Traum von der „Weltrevolution", der sich so verderblich für die Arbeiterschaft auswirkte, wiegen sie sich immer noch in der Hoffnung, der Welt Diktatoren werden zu können. Auf das Konto der Weltrevolutionsromantik ist zum großen Teil die Erstarkung der sozialen Reaktion zu buchen. Trotzdem können die Verfechter der unentwegten Gewalt aus ihrer Haut nicht heraus: Das Prinzip der Diktatur verneint jedwedes Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder. Wie in der Praxis die Richtlinien der KPD. befolgt werden und welches Maß von Kadavergehorsam von den Mit-

„Essen, den 24. 2. 1925.

An den Genossen Reinhold Srocke, Zelle Wolfsbank.

Uns wird durch die Zelle mitgeteilt, daß Du auf der Liste der Reformisten als Kommunist zur Betriebsratswahl kandidierst. Es wird Dir bekannt sein, daß auf keinen Fall auf zwei Listen Kommunisten stehen dürfen. Da in Deinem Betrieb eine Liste der Opposition für die gewerkschaftliche Einheit aufgestellt ist, ist es unzulässig, daß Kommunisten auf der BAV.-Liste stehen. Wir fordern Dich deshalb auf, sofort von der Betriebsratsliste zurückzutreten und für die Liste der Opposition in der Belegschaft Propaganda zu machen.

Dein Rücktritt hat sofort zu erfolgen im Einvernehmen mit der Zelle. Die Mitteilung davon hat durch die Zelle sofort an uns zu erfolgen. Der Zellenleitung geht eine Abschrift zu. Die Zellenleitung wird mit der Durchführung und Kontrolle dieser Anordnung beauftragt und hat bis spätestens Freitag, den 27. 2. 25, an uns Bericht zu geben.

Mit kommunistischem Gruß Richard."

Die Apostel der gewerkschaftlichen Einheit, die Prediger des Masseneintritts in die freien Gewerkschaften, zeigen hier in deutlichster Weise ihr wahres Antlitz, zeigen, mit welchen Instrumenten in der KPD. Musik gemacht wird. An ihren eigenen Auslassungen ist das hinterhältige Intrigenspiel dieser großen Intriganten am besten zu erkennen. Obwohl die Arbeiterschaft täglich die verderblichen Wirkungen der seit Jahren betriebenen Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung am eigenen Leibe fühlt, sucht die KPD. stets aufs neue Dumme.

Der Masseneintritt in die freien Gewerkschaften soll nicht der Stärkung der Arbeiterbewegung im Kampfe gegen das Unternehmertum, sondern der Stärkung des politischen Einflusses der KPD. in den Gewerkschaften dienen.

Um dieses zu erreichen, ist selbst das verwerflichste Mittel gut genug. So fordert die Bezirksleitung Wasserkante der KPD. in einem Rundschreiben vom 6. Januar 1925 ihre Funktionäre auf: **„Im Prinzip keine Reversunterschrift abzulehnen, sondern in allen Fällen zu unterschreiben, ohne sich davon abhalten zu lassen, unsere Grundsätze weiter zu verfechten."** Das gehört eben alles zu dem „illegalen Arbeiten", zeigt aber drastisch die beispiellose moralische Verlumpfung maßgebender kommunistischer Parteiinstanzen. Und ebenso hat das Buhlen der KPD. um die Stimmen der Belegschaften bei den Betriebsratswahlen keinen anderen Zweck, als die „Revolutionierung" der Belegschaften durchzuführen, d. h. die Belegschaften reif zu machen für den diktatorischen Gehorsam, der von den Diktatoren verlangt wird.

Wer glaubt, daß es auch Aufgabe kommunistischer Betriebsräte ist, die Belegschaftsinteressen im Betriebe wirksam wahrzunehmen, der irrt sich. In der kommunistischen Zeitschrift „Die Internationale", Heft 2 vom Februar 1925, heißt es:

„Die Verankerung der Partei in den Betrieben ist durch die Betriebszellenorganisation möglich, erhält aber ihre Krönung in einem guten politischen kommunistischen Betriebsrat... Die pazifistische Welle ist vorbei... Unsere Arbeit dort ist deshalb politisch einzustellen, zur Vorbereitung und Führung der kommenden Kämpfe... Die erste Aufgabe der Betriebszellen ist deshalb die planmäßige Beseitigung der reformistischen Betriebs- und Gewerkschafts-Vertrauensleute und die Besetzung dieser Posten durch die Opposition."

Gewerkschafter, hört ihr, wo die Reise hingehen soll? Die Verfechter des „spekulativen Leninismus" kleben heute noch so wie früher an ihrer Putschthese.

Diesem Wahnsinn kommunistischer Ideologie heißt es mit aller Macht zu Leibe zu gehen. Der Bolschewismus hat kein Interesse an einer Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, denn nur auf dem Boden steigender Verelendung und der dadurch verursachten Verzweiflungsstimmung der Massen vermag diese Saat kommunistischer Agitation zu wachsen.

Gewerkschafter! Reißt deshalb diesen Handlangern der Reaktion in den Versammlungen die Maske vom Antlitz. Zeigt den Belegschaften an Hand der eigenen Auslassungen die wahre Fratze dieser bolschewistischen Irrlehrer, die Schindluder mit Arbeiterinteressen treiben!

Es gibt nur einen tätigen Anwalt der Arbeiterschaft: das ist die freie Gewerkschaft. Nur die freien Gewerkschaften sind die wahrhaften Bekämpfer der sozialen Reaktion. Deshalb sind sie auch die bestgehaßten Gegner des Kapitals. Die freien Gewerkschaften zu stärken ist darum dringendstes Bedürfnis! Je stärker sie sind, um so weniger wird sich die Willkür des Unternehmers auswirken können. Dies auch den Unorganisierten begreiflich zu machen, ist gewerkschaftliche Pflicht jedes Einzelnen.

Der Ausgang der Betriebsrätewahlen muß deshalb ein Menetekel sein, das den reaktionären Aposteln der Gewalt zeigt, daß die Bergarbeiterschaft reif geworden ist, um über alle Hinder-

Die Lehren von Minister Stein.

Schutz den Betriebsräten!

Grubenkontrolleure.

Die Arbeiter- und Angestelltengruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau hat sich ausdrücklich des Unglücks auf Zeche Minister Stein mit den in der Ueberschrift genannten Fragen beschäftigt. Sie kam zu folgendem Ergebnis:

Die Aufgaben der Betriebsräte in bezug auf die Mitwirkung bei der Unfallverhütung werden ihnen in letzter Zeit mehr und mehr entbunden, weil die Zechenverwaltungen nicht nur Anregungen der Betriebsräte nicht beachten, sondern die Betriebsräte bei der Ausübung ihrer Tätigkeit direkt behindern. Insbesondere im Laufe des letzten Jahres mehren sich nach Mitteilung jene Fälle, indem eine Reihe Zechenverwaltungen entgegen den zwischen den Arbeiterverbänden und dem Zechenverband vereinbarten Richtlinien zum Betriebsrätegesetz den Betriebsräten dadurch ihre **ordnungsmäßigen Befahrungen unmöglich machen,** daß sie mehrere Steigerreviere zu einer Fahrabteilung zusammenlegen und gleichzeitig verlangen, daß diese zu großen Fahrabteilungen zusammengefaßten Steigerreviere **innerhalb einer Schicht** befahren werden sollen. Gegen diese Behinderung der ordnungsmäßigen Kontrollfahrten bezw. der Geschäftsführung haben die Betriebsräte bei den vorläufigen Arbeitsgerichten (Berggewerbegerichten) Klage erhoben. Diese Klagen sind, soweit sie der Arbeitskammer bekannt sind, von den Berggewerbegerichten abgewiesen worden. Gegen diese Urteile konnte keine Berufung eingelegt werden, weil die Entscheidungen endgültig sind. Soweit Differenzen wegen der Befahrung der Betriebsräte zu Lohnklagen vor Berggewerbegerichten führten, fielen auch diese Entscheidungen zu ungunsten der Betriebsräte aus. Die Arbeitskammer muß deshalb nach Meinung der Gruppe bis zur endgültigen Einrichtung der Arbeitsgerichte eine besondere Berufungsinstanz verlangen, etwa die bei den Landgerichten Dortmund und Cleve bestehenden Zivilkammern (Berufungskammern für die Berggewerbegerichte), der als bergtechnischer Laienbeisitzer je ein Vertreter der Beschäftigten und der Unternehmer beizugeben wäre. Das Vorschlagsrecht müßten die Tariforganisationen haben.

Erneut wird weiter gefordert, daß die bergpolizeilichen und richterlichen Aufgaben voneinander getrennt werden, daß also Bergrevierbeamte nicht mehr Vorsitzende von Berggewerbegerichten sind.

Angesichts der steigenden Unfälle, besonders im Hinblick auf das Unglück auf Minister Stein, fordert die Gruppe eine wesentlich verschärfte Kontrolle im Bergbau. Sie hälte es für notwendig, **durch Gesetz mit tunlichster Beschleunigung Grubenkontrolleure aus den Reihen der praktisch tätigen Arbeiter einzustellen.** Diese Grubenkontrolleure müssen eine mindestens zehnjährige Hauer- bezw. Steigertätigkeit besitzen. Sie sind von den Arbeiterorganisationen den Oberbergämtern zu benennen und auf Grund einer fachlichen Prüfung auf fünf Jahre bestellbar. Auf Beschluß der Organisation kann der bestellte Kontrolleur nach Ablauf der fünf Jahre zurückgezogen und durch einen anderen ersetzt werden. Die Grubenkontrolleure müssen das Recht haben, **ohne Befragung irgendeiner Stelle** in den ihnen vom Oberbergamt zugewiesenen Schachtanlagen **anzufahren** und zu **kontrollieren.** Von dem Befund ihrer Befahrungen geben sie dem Oberbergamt laufend Bericht.

Die Gruppe würde es für ausreichend halten, wenn zunächst für den Bereich eines jeden Bergreviers ein Grubenkontrolleur vorgesehen würde. — Die Besoldung erfolgt nach staatlichen Grundsätzen. Die Kosten werden vom Bergbau aufgebracht.

Die Gruppe kommt weiter zu dem Ergebnis, daß vor allen Dingen das heutige **Treibersystem im Bergbau beseitigt werden muß.** Insbesondere muß der für Leben und Gesundheit der Arbeiter verantwortliche Steiger in der Befolgung und Handhabung der bergpolizeilichen Vorschriften, sowie gegen willkürliche Entlassung und unangemessene Behandlung seitens der Bergwerksbesitzer bezw. Verwaltungen durch verstärkten gesetzlichen Schutz gesichert werden.

Durch **gesetzliche Maßnahmen** ist insbesondere zu regeln:

1. daß die Steiger nicht zu anderen Arbeiten, als zur Ausübung des Aufsichtsdienstes innerhalb ihres Geschäftskreises herangezogen werden dürfen;
2. daß die Steiger nicht wegen Unterschreitens der Sollförderung nach an sich beendeter Schichtzeit wieder in die Grube geschickt werden dürfen;
3. daß im Bergbau alle Prämienarten verboten werden, weil diese Veranlassung geben, die Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften außer acht zu lassen;
4. daß insbesondere die Vorgesetzten der Steiger, in Fällen in denen sie durch Anordnungen in den Geschäftskreis des Steigers selbständig eingreifen, die Verantwortung allein zu tragen haben und daß daneben nicht auch noch der Steiger gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden kann;
5. daß **jede Behinderung in der bergpolizeilichen Aufsichtstätigkeit des Steigers** mit einer Geldstrafe, oder wenn Menschenleben dadurch zu Schaden gekommen sind, mit einer entsprechenden Freiheitsstrafe geahndet wird.

✡ ✡

Wir sind mit diesen Vorschlägen durchweg einverstanden, nur muß der in den letzten Zeilen geforderte Schutz noch auf die Betriebsräte und Grubenkontrolleure ausgedehnt werden.

Die Behinderung der Betriebsräte.

Unberechtigte Vorwürfe gegen die Zechenverwaltungen?

In der bürgerlichen Presse und in den Parlamenten, auch in einer Versammlung, die die Zentralstelle für das Grubenrettungswesen in Essen veranstaltete, ist versucht worden, die Vorwürfe zurückzuweisen, die gegen Zechenverwaltungen des Ruhrgebiets erhoben wurden, daß sie Betriebsräte in ihrer Betätigung hinderten, durch Kränzeladen und Antreibersystem die Unfallgefahr erhöhten.

Wir haben von unserer Kritik kein Wort zurückzunehmen. Wir ergänzen sie nachstehend durch Aufzählung einiger weiterer Fälle aus dem uns massenhaft vorliegenden Material, wobei wir uns heute beschränken wollen auf die

Behinderung der Arbeit der Betriebsräte.

Die Verwaltung der Zeche Hagenbeck verlangte von den Betriebsausschußmitgliedern, daß sie den vereinbarten Richtlinien entgegen in einer Schicht zwei Reviere befahren sollten. Das Ausschußmitglied Kaumann hat sich im November 1924 an diese Anordnung nicht gestört und hat seine Befahrungen wie üblich durchgeführt. Darauf kürzte die Verwaltung der Zeche Hagenbeck dem Ausschußmitglied Kaumann den Lohn, indem ihm der Lohn für zwei Schichten abgezogen wurde. Gegen die gesetzwidrige Lohnkürzung erhob Kaumann Klage beim Berggewerbegericht, Spruchkammer Essen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefällt.

Die Verwaltung der Zeche Friedrich der Große bei Herne verlangte von den Ausschußmitgliedern, daß sie die in den Richtlinien vereinbarten Sprechstunden nach Möglichkeit abkürzen sollen. Nach den Richtlinien darf das fahrende Ausschußmitglied an den Tagen, wo es fährt, eine halbe Stunde nach der Seilfahrt oder eine halbe Stunde vor Beginn der Seilfahrt des Mittags die Sprechstunden abhalten. Dieses ist den Betriebsausschußmitgliedern von der Verwaltung der Zeche Friedrich der Große verboten worden.

Die Verwaltung der Zeche **Viktor III-IV** bei Ickern verlangte von den Betriebsausschußmitgliedern, daß die Befahrung stets in der Begleitung des zuständigen Steigers im Revier geschehen soll. Dadurch wird den Ausschußmitgliedern eine generelle Kontrolle unmöglich gemacht.

Auf der Zeche **Constantin** verlangte die Verwaltung von dem Betriebsausschußmitglied über Tage, daß es in vier Stunden den ganzen Tagesbetrieb befährt. Bei dem Umfang des Betriebes ist dieses unmöglich. Das Betriebsausschußmitglied König hat eine Klage am Berggewerbegericht Bochum-Nord angestrengt und wollte festgestellt wissen, daß die Verwaltung kein Recht habe, die Befahrung zu beschränken. Das Berggewerbegericht hat entschieden, daß die Befahrung in vier Stunden geschehen kann. König war mit der Entscheidung des Berggewerbegerichts nicht zufrieden und verlangte vom Oberbergamt eine Nachprüfung, ob die Kontrolle in vier Stunden ermöglicht werden könnte. Der Bergrevierbeamte des Bergreviers Bochum-Nord ist beauftragt worden, eine Befahrung vorzunehmen und es wurde hierbei festgestellt, daß die gesamten Tagesanlagen nicht einmal in acht Stunden befahren werden könnten. Eine Entscheidung durch das Bergrevieramt bezw. durch das Oberbergamt ist noch nicht getroffen.

Die Verwaltung der Zeche **Minister Stein** bei Dortmund hat die beiden Steigerreviere zu einer Fahrabteilung zusammengelegt. Gegen dieses eigenmächtige Vorgehen hat der Betriebsrat Klage angestrengt und das Berggewerbegericht, Spruchkammer Dortmund, hat entschieden, daß das Zusammenlegen der beiden Reviere, wo das Unglück sich zugetragen hat, statthaft sei!

Die Betriebsausschußmitglieder der Zeche **Rheinpreußen IV** befuhren ihre Fahrabteilungen bereits seit vier Jahren. Im Januar 1925 wurden sie durch die Werksleitung aufgefordert, größere Fahrabteilungen zu befahren. Es wurden zu diesem Zwecke Fahrschichten gebildet und den Ausschußmitgliedern vorgeschrieben, diese in einer Schicht zu befahren. Die Ausschußmitglieder stellten an die Werksleitung den Antrag, einen Vertreter zu benennen, der mit ihnen fahren sollte, um zu sehen, daß es nicht möglich ist, diese Abteilung in einer Schicht zu befahren. Da die Werksleitung dieses ablehnte, weigerten sich auch die Ausschußmitglieder, diese neugebildeten Fahrabteilungen zu befahren. Darauf stellte die Werksleitung an den Arbeiterrat den Antrag, die Zustimmung zur Kündigung dieser Mitglieder zu geben. Der Arbeiterrat verweigerte dieses, trotzdem wurden den Ausschußmitgliedern gekündigt. Nachträglich stellte dann die Zechenverwaltung an das Arbeitsgericht den Antrag, dieser Kündigung die Zustimmung zu geben. Nach langen Verhandlungen lehnte das Arbeitsgericht diesen Antrag ab. In der von der Werksleitung aufgestellten Fahrschicht war den Ausschußmitgliedern der Weg vorgeschrieben, den sie fahren sollten. Wichtige Punkte, wie einige Förderstapel, waren jedoch in diesem vorgeschriebenen Wege nicht enthalten.

Auf der Zeche **Diergardt** in Hochemmerich hat das Ausschußmitglied Kuchenbuch während der Befahrung das Rauben der Hölzer im alten Bau gerügt. Nachdem dieses Mitglied seine Arbeitsschicht verfuhr, wurde er selbst an diese Arbeit — Rauben der Hölzer aus dem alten Bau — gestellt. Das betreffende Mitglied weigerte sich, dieses zu tun, unter Hinweis auf die Gefährlichkeit an dieser Stelle. Darauf wurde es mit zwei Mark bestraft. Die Klage am Berggewerbegericht hat das betreffende Ausschußmitglied verloren, weil der Beamte unter Eid aussagte, daß von einer Gefährlichkeit gar nicht gesprochen worden ist, sondern der Kläger hätte nur die Frage gestellt, was es für diese Arbeit gäbe, und erst als ihm gesagt worden sei, daß diese Arbeit zum Gedinge gehöre, die Arbeit verweigert. Diese Angelegenheit ist allerdings noch nicht erledigt. Dieser Fall hat sich im September 1924 zugetragen.

Auf der Schachtanlage **Viktor III-IV** wurde ein Betriebsratsmitglied namens Claaßen entlassen, weil es angeblich den Reviersteiger beleidigt haben soll. Das Betriebsratsmitglied bestreitet derartige beleidigende Redewendungen, wie der Steiger sie in der Behauptung aufgestellt, getan zu haben. Die Entstehung des Streites war folgende:

Die Verwaltung der Klöcknerwerke verlangt, daß die Betriebsratsmitglieder vor ihrer Befahrung ihren Reviersteiger von der vorzunehmenden Befahrung in Kenntnis setzen sollen, damit der Reviersteiger an der Befahrung teilnehmen kann, d. h. die Betriebsratsmitglieder sollen die Reviere nicht allein befahren. Hiergegen wehren sich die Betriebsratsmitglieder selbstredend und so hatte auch Claaßen eine Befahrung vorgenommen, ohne daß der Steiger es wußte. Bei der Befahrung hatte Claaßen Schlagwetteransammlungen festgestellt und als er am Schichtende mit dem Steiger zusammentraf, entwickelte sich ein Gespräch über die nichtangemeldete Befahrung und bei dieser Gelegenheit hat Claaßen dem Steiger dann erklärt, daß er dort und dort Schlagwetter festgestellt habe. Man hatte nun zechenseitig nichts Eiligeres zu tun, als das Betriebsratsmitglied zu entlassen. Die Sache schwebt am Arbeitsgericht.

Auf der Schachtanlage **Mont Cenis I-III** sind auf der fünften Sohle, zweite westliche Abteilung, in der Strebenfirste seit längerer Zeit Schlagwetteransammlungen. In der Strebe selbst wird geschossen. Es sind allerdings wiederholt Vorkehrungen getroffen, d. h. Düsen eingebaut, mit denen man der Sache aber nicht Herr wird. Im Revier Nr. 1 derselben Schachtanlage soll die Wetterführung geradezu miserabel sein, d. h. es werden immer wieder die verbrauchten Wetter vor die Betriebspunkte gelenkt und dadurch das Leben und Arbeiten geradezu unerträglich gemacht. Die Sache von Mont Cenis ist mit Schreiben vom 19. 2. 25 dem Oberbergamt in Dortmund mitgeteilt worden.

Auch auf vielen anderen Schachtanlagen sind den Betriebsratsmitgliedern, so auch auf den Schächten **Teutoburgia** und **Mont Cenis**, in den letzten Monaten Schwierigkeiten gemacht worden, indem von ihnen verlangt wird, daß sie mehrere Steigerreviere in einer Schicht befahren sollen. Leider haben verschiedene Berggewerbegerichte die Forderung der Zechenverwaltung als berechtigt anerkannt. Es ist wiederholt so gemacht worden, daß ein Bergrevierbeamter oder der Einfahrer ein Revier in aller Hast durcheilte, hierbei die Zeit feststellte, die er zu der Befahrung gebrauchte, und in dieser Zeit sollen die Betriebsräte jetzt ebenfalls die Befahrung vornehmen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Herren Bergräte sich auf den Standpunkt stellten, daß alle Strecken, Fahrschächte, Bremsberge, ja selbst die Wetterstrecken nicht jede Woche befahren werden brauchten. Diese Stellungnahme ist für die Arbeiter ebenso unverständlich, wie so viele Entscheidungen der Berggewerbegerichte. Unverständlich ist es auch, daß die Berggewerbegerichte Entscheidungen treffen über Dinge, die in den Richtlinien zum Betriebsrätegesetz betreffs der Befahrung der Reviere festgelegt sind. Die Richtlinien bilden einen abgeschlossenen Vertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wenn dieser Vertrag geändert werden muß oder soll, kann es doch nur Angelegenheit der Vertragsparteien sein, eine solche Aenderung vorzunehmen. Werden die beiden Kontrahenten sich nicht einig über die Aenderung, so kann es im Höchstfalle Angelegenheit der Schlichtungsausschüsse sein, auch in diese Streitsache einmischen und Entscheidungen fällen, durch die die Arbeiterschaft schwer geschädigt wird. Diese Schädigung liegt darin, daß die Betriebsratsmitglieder nicht mehr die notwendige Zeit haben, das Revier zu befahren, wie es notwendig ist. Die Unfallgefahren erhöhen sich dadurch, mit anderen Worten: das Leben und die Gesundheit der Arbeiter wird geradezu frivol aufs Spiel gesetzt.

Auf **Teutoburgia** war eine Klage der Betriebsratsmitglieder am Berggewerbegericht, fünfte Kammer Dortmund-West, eingereicht. Der Termin fand am 23. Juni 1924 statt und wurde vertagt. Nachdem das Arbeitsgericht beschlossen hatte, daß ein Beamter des Oberbergamts die Befahrung der Grube vornehmen und feststellen sollte, wieviel Zeit zur Befahrung der Reviere notwendig sei, wurde eine Befahrung vorgenommen. Die Betriebsratsmitglieder behaupten, es sei keine Befahrung, sondern eine Jagd gewesen, bei der nicht im entferntesten alle Strecken, Ueberhaue und Fahrschächte befahren wurden. Der Bergbeamte hat dann naturgemäß weniger Zeit gebraucht, und als die Arbeiter erkannten, daß sie mit der Klage abgewiesen würden, haben sie die Klage zurückgezogen. Der Vorsitzende stellte sich im Termin am 23. Juni auf den Standpunkt, daß es nicht notwendig sei, allwöchentlich den ganzen Grubenbau und vor allen Dingen auch nicht die Wetterstrecken zu befahren!

Auf der Zeche **Amalia** in Werne bei Langendreer ist den Betriebsräten an ihren Arbeitstagen seitens der Verwaltung verboten, eine Benzinlampe mitzuführen! Es ist ausdrücklich angeordnet, daß dieselben an diesen Tagen eine elektrische Lampe haben müssen. Das ist unerhört! Die Bergbehörde muß sofort anordnen, daß die Betriebsratsmitglieder stets eine Benzinlampe haben, um so bei einem eventuellen Anruf seitens eines Kameraden den Betriebspunkt ableuchten zu können. Nicht nur sofortige Aenderung durch das Oberbergamt, sondern Bestrafung der Verwaltung wäre hier am Platze!

Auf derselben Zeche setzte die Verwaltung die Fahrabteilungen fest und schrieb den Betriebsräten vor, wieviel Fahrschichten sie im Monat zu verfahren hätten. Es war dieses eine Maßnahme, die direkt gegen die Richtlinien zum Betriebsrätegesetz für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau verstoßen hat. Man wollte damit den Betriebsräten pro Woche eine Fahrschicht weniger geben, indem man mehrere Reviere zu einer Fahrabteilung machte. Die Betriebsräte jedoch stützten sich auf die Richtlinien und verfuhren ihre Fahrschichten, wie es bisher üblich gewesen war. Daraufhin zog die Verwaltung denselben pro Woche eine Schicht ab.

Die Verwaltung der Zeche **Baldur** bei Dorsten verlangte von den Betriebsausschußmitgliedern, statt ein Revier, jetzt zwei Reviere täglich zu befahren. Der Ausschuß lehnte dieses Ansinnen unter Hinweis auf die Richtlinien zum Betriebsrätegesetz ab. Unter Drohung wirtschaftlicher Benachteiligung fügte der Ausschuß sich der Gewalt. Derselbe darf nur 15 Tage im Monat für seine Ausschußtätigkeit in Anspruch nehmen. Die Verwaltung begründet diese Maßnahme mit notwendiger Produktionssteigerung.

Auf weiteres Material kommen wir demnächst zurück. Wir fragen aber heute das Oberbergamt: Wollen Sie endlich energisch einschreiten, damit den Betriebsräten ihr Recht wird und ihnen die Lust zu ihrer verantwortlichen Tätigkeit wiedergegeben wird?

Was unsere Kameraden sagen.

Das Massenunglück auf Minister Stein hat eine ganze Reihe unserer in Arbeit stehenden Kameraden veranlaßt, zur Tinte und Feder zu greifen und ihrem Herzen Luft zu machen. Um diesen Stimmen aus den Betrieben Geltung zu verschaffen, veröffentlichen wir einige der bei uns eingegangenen Artikel. Wir glauben der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß die übrigen Kameraden durch diese Arbeiten angeregt werden und überall Augen und Ohren offen halten, um alle Gefahrenquellen frühzeitig genug entdecken und dementsprechend behandeln zu können.

✡ ✡

Schutz, dem Gefahr droht!

„Der Bergmann geht doch vornehmlich in die Grube, um Kohlen zu fördern und nicht — um Geld zu verdienen."

Wer diese Weisheit ausgekramt, hat andere für Idioten gehalten. Daß er aber selber der größte war, das hat er wohl nie entdeckt.

Die angrenzenden Zechen Kaiserstuhl und Fürst Hardenberg haben längst ihre Massenunglücke erlebt. Nun ist auch Minister Stein heimgesucht worden. Auf Zeche Kaiserstuhl I, wo sich in fortlaufender Richtung dieselben Flözpartien befinden, wie auf Minister Stein, wurde 1894 das Schießen in der Kohle grundsätzlich verboten.

Minister Stein war für die Bergleute noch weniger ein Musterpütt als die bereits genannten Zechen. Auf Minister Stein wurde nach einem System gearbeitet, das volkswirtschaftlich nach jeder Richtung hin als ungesund bezeichnet werden muß. Wenn es hier bisher nicht zu größeren Unglücken gekommen ist, dann ist das nur ein Zufall. Jetzt hat sich, noch viel zu früh, ein verkehrtes System alter Sünden gerächt, wovon, wie immer, die Unschuldigen betroffen worden sind. Einhundertsechsundreißig brave Knappen sind durch unbekannte Mächte verdorben, ums Leben gekommen. Die Sammelgelder fließen reichlich. Die Witwen und Waisen, die Alten und Bedürftigen, denen die Stütze geraubt ist, werden unterstützt und die Bergbehörde wird sich alle Mühe geben, soweit ihre Macht reicht, wie bei allen solchen Ereignissen, die Ursachen dieser schrecklichen Katastrophe zu erforschen. Wie über so manches, so wird auch hierüber Gras wachsen und über kurz oder lang tut sich nicht weit von diesen ein neues Massengrab auf. Es ist die alte Geschichte: die Zeugen sind tot, und was die Lebenden zu sagen haben, ist von nicht allzu großer Bedeutung. Dennoch schreibe ich diese Zeilen und glaube damit den Weg der Ursachen in etwa bezeichnen zu können.

Im Jahre 1889 erkühnte ich mich, meinem Freiheitsdrang etwas freien Lauf zu lassen. Die Folge war: ich mußte mir eine andere Zeche suchen, dann wieder eine andere. So landete ich 1890 auf Zeche Minister Stein („Taubenschlag", auch „Polizeiloch" genannt). Diese Beinamen sagten mir genug, aber ich hatte mal wieder Arbeit. Die Gendarmen gingen beim Schichtwechsel vor den Zechentoren auf und ab und hielten die Bergleute, die sich ein Abfallklötzchen aus der Grube mitnahmen, wegen Diebstahl an. Die Zechenbeamten machten den altpreußischen Unteroffizieren und Polizisten alle Ehre. Man erzählte mir, daß man bei dem alten Betriebsführer Haltern, der kurz vorher in Pension gegangen war, noch Schutz finden konnte, wenn es die Unterbeamten zu toll trieben. So sei er noch kurz vor seinem Abgang bei der Seilfahrt aus seinem Versteck getreten und habe gesagt: **„Steiger B....., das verbitte ich mir, verstanden? Ich kriege eher drei Dutzend Steiger wieder, als einen tüchtigen Bergmann!"** Bei einer anderen Gelegenheit soll er zu zwei Steigern gesagt haben: **„Ihr Schweine, Ihr seid ja nicht wert, daß man Euch bespuckt!"** Das hinderte aber nicht, daß der genannte Steiger B. zur Zeit, als ich dort arbeitete, Obersteiger wurde.

Der schlimmste war Steiger Kanarius, allgemein „Kanarienvogel" genannt. Als Reviersteiger war er jeden Abend, wenn die Reparaturhauer anfuhren, am Schacht, schimpfte mit jedem seiner Leute über zu geringe Leistung, ein paar Hölzer im Querschlag, ein Förderstrecke

Der schlimmste war Steiger Kanarius, allgemein „Kanarienvogel" genannt. Als Reviersteiger war er jeden Abend, wenn die Reparaturhauer anfuhren, am Schacht, schimpfte mit jedem seiner Leute über zu geringe Leistung, ein paar Hölzer im Querschlag, ein Förderstrecke

wieder je zwei Mann für eine Nachtschicht soviel Arbeit auf, woran sie drei Schichten zu tun hatten, um am nächsten Abend wieder einen vermeintlichen Grund zu haben, die alten Leute als „Faulenzer" hinzustellen. Als er bei einer solchen Gelegenheit mal den Verkehrten antraf, der ihm nach Strich und Faden vor der Belegschaft verulkte, holte er alle verfügbaren Beamten herbei. Was die vorhatten, ist nicht schwer zu erraten, sie hielten es aber doch für das beste, unter Schimpfereien sich auf ihre Bureaus zu verziehen.

Minister Stein war im Jahre 1890 die einzige Zeche im Dortmunder Revier, die das reine Kohlengedinge eingeführt hatte. Im Flöz 6 (acht Fuß dick), bekamen die Hauer im Pfeilerbetrieb für den Wagen Kohlen 25 Pf. Hierfür mußten die Kohlen losgemacht, eingeladen und zur Sammelstelle gebracht werden. Auch das Verbauen der Arbeitsstelle war in dieses Gedinge eingerechnet. Wenn zwei Kameraden 15 To. Kohlen förderten und ihre Arbeitsstelle verbauten, was eine Herkulesarbeit war, hatten sie zusammen 7,50 Mk. verdient. Nach Abzug der Gefälle usw. verblieben ihnen etwa 7 Mk., jedem Einzelnen 3,50 Mk. Ich war in einer Kameradschaft von sechs Mann, die im Dreischichtensystem auf der 2. Sohle einen Aufbau machte. Das Flöz war acht Fuß dick und hatte in der Mitte ein Bergmittel bis zu zwei Fuß dick. Jede Bank, nachdem geschrämt war, mußte an beiden Stößen geschossen werden. Auf jeden Meter mußte ein Kopfholz gesetzt werden. Wir mußten genau nach der Stunde auffahren, zwei Schienenstränge mitführen, das Material hierzu herbeischaffen und unsere Kohlen und Steine selber mit einem Kabel herausdrehen. Alle diese Arbeiten wurden im reinen Kohlengedinge festgesetzt. Das war ein ganz besonderes Antreibesystem. Konnten keine Kohlen gefördert werden, war in der Schicht nichts verdient. Das Kohlen- und Steineherauskabeln war die beschwerlichste Arbeit. Auf diese Weise schürte man unter den einzelnen Kameradschaften Haß, Uneinigkeit, Verbitterung und Streit. Darin lag System, da man so die Leute am besten ausbeuten konnte. Wie bei einem solchen System die bergpolizeilichen Vorschriften befolgt wurden, kann sich jeder leicht ausdenken. Noch 15 Jahre später habe ich es auf den benachbarten Zechen nicht anders gekannt, daß für Ausbau, Wetterführung usw. extra bezahlt wurde. Auch auf Zeche Hansa und Fürst Hardenberg, die, wie Minister Stein, zur Gelsenkirchener B.-G. gehörten, wurde bei Auffahrarbeit, sogar bei einfachem Ortsbetrieb, neben dem Kohlengedinge, Metergeld usw. gezahlt.

Zugunsten der Buchführung und der täglichen Gewinnberechnungen für die Bergwerksgesellschaft war das System auf Minister Stein wie geschaffen, aber nicht für die Bergleute. In solchem System liegt aber die Wurzel für Unglücksfälle und Katastrophen, wie wir sie jetzt auf Minister Stein am 11. Februar erlebt haben. Fr. H.

✡ ✡

Vergessen!

Zum 11. Februar 1925.

Ich weiß ein Wort: mit reißendem Stoß will es die Seele mir pressen. Es krallt sich fest und läßt mich nicht los, das grausige Wort: „Vergessen!"

Vergessen ist der Knappen Zahl, die starben in dunklen Tiefen. Vergessen der Eltern zuckende Qual; vergessen, die drunten einschliefen.

Vergessen die Taten, die sie vollbracht; vergessen, was uns durch sie groß gemacht. Vergessen die braven Todeshelden, nichts hört man von ihren Taten vermelden.

Vergessen Dreihundert, die hingerafft in Radbods finsteren Gründen! Vergessen die Männer, die voller Kraft verbrannt in den gähnenden Schlünden!

Vergessen von Constantin der Große die Braven all, die zu schrecklichem Lose ihr Leben setzen mußten aufs Spiel, im Kampf mit der Arbeit, ihr höchstes Ziel.

Vergessen längst Lothringens Trauerkunde, wo drunten im dunklen gähnenden Grunde, dem Moloch Arbeit zum Opfer erkoren, so manch brave Knappen ihr Leben verloren!

Vergessen die vielen Knappen all — und ihre Tat unermessen! Vergessen längst der Klagen Schall, vergessen sind sie, vergessen!

Vergessen längst der Witwen Not, vergessen auch der Eltern Kummer. Vergessen ist der Schnitter Tod; vergessen, was Bräuten geraubt den Schlummer.

Vergessen so manches, was Brave gelitten; vergessen, wie sie mit dem Tode gestritten. Vergessen ist ihr heiliges Blut, vergossen für Arbeit, Ehre und Gut.

Vergessen das Lied vom Bergmannskind; vergessen des alten Bergmanns Los, den das Unglück geschlagen, hilflos und blind, durch Mildtätigkeit fristet sein Leben bloß.

Drei Jahre erst her und schon fast vergessen sind sechsundachtzig brave Mann, die auf Mont Cenis unermessen geschafft, bis der Tod sie hinweg nahm dann.

Vergessen auch hier, was sie für uns geschafft, vergessen die schrecklichen Marterqualen. Vergessen, daß der Tod sie hinweggerafft, die Sechsundachtzig — sie mußten es zahlen!

Und der grinsende Tod lacht uns ins Gesicht und freut sich solcher Leute. Er harrt schon längst wieder, ohn' Verzicht, und lauert auf neue Beute. — — —

Und wieder hallt von Mund zu Munde bis in den heutigen Tag hinein durchs Ruhrrevier die Schreckenskunde: „Schlagwetter auf Minister Stein!"

Und abermals drang mit aller Macht bis in die dunklen Stollen der Tod, um aus der Grabesnacht erneut seine Opfer zu holen.

Er fuhr schon mit den Knappen an und hat sich schnell versteckt; doch als der Abend kam heran, da ist er aufgeschreckt.

Er sandte seine Vasallen dann: „Hellodernde Wetter" mit „Gasen" — die einhundertsechsunddreißig brave Mann das Lebenslicht ausgeblasen.

Und der Förderkorb saust und bringt ans Licht aus den dunklen Grabestiefen, die heut' hier verfuhren die letzte Schicht, die den letzten Schlaf hier schliefen!

Nun liegen sie all in einer Reih', sie fanden ihr Ende gar schnell, und der grinsende Tod, er steht dabei und führt sie zum letzten Appell!

Ich aber weiß, es kommt ein Tag, da wird man auch ihrer gedenken, und ihren stillen Sarkophag mit Blumen der Liebe beschenken!

Adolf Schrein.

✡ ✡

Die Schlagwettergefahr.

Vielfach sind die Klagen über mangelhafte Wetterführung im Ruhrgebiet berechtigt. Greifen wir für heute nur einiges heraus. Mont Cenis ist ein Gefahrenpütt ersten Ranges. Alle paar Tage hält dort der Kranken- oder Totenwagen. Von dort schreibt uns ein Kamerad:

„Von einer gewissenhaften Beobachtung der bergpolizeilichen Vorschriften kann man hier nicht reden. Die Fettkohlenpartie ist sehr wetterreich, dort müßte mehr Luft zirkulieren. Im Revier Schneider, 5. Sohle, 2. westliche Abteilung, haben im Februar auf verschiedenen Oertern Schlagwetter gestanden, die nicht wegzubekommen waren. Trotz der Schlagwetter ist dort noch geschossen worden. Als bekannt war, daß dort Schlagwetter standen und trotzdem geschossen wurde, bangten die Leute um ihr Leben. Hier herrscht eine eigenartige Abbaumethode. Vier bis fünf Arbeiter stehen übereinander, die alle von einem Wetterstrom bewettert werden. Wenn in der untersten Arbeit eine Explosion stattfindet, sind die darüber arbeitenden Kameraden alle verloren. Auf der 4. Sohle im Ostfeld, Revier 1, stehen zwei Stapel übereinander. Ein Stapel steht auf der 5. und mündet auf der 4. Sohle. Der Wetterstrom, der durch diesen Stapel geführt wird, geht durch den Stapel von der 4. nach der 3. Sohle. Im untersten Stapel ist ein Querschlag belegt. Passiert dort ein Unglück, dann ersticken ohne Zweifel sämtliche Arbeiter in dem obersten Stapel. Eine derartige Wetterführung ist nicht zulässig. Die Luft aus dem untersten Stapel müßte einen besonderen Abzugsweg haben. Diese Herstellung kostet natürlich Geld. Derartige Auslagen schmälern den Profit, folglich unterbleiben sie. In [illegible] und nicht bewettert werden. Man schlägt sie unten mit einigen Brettern zu und läßt sie stehen. Diese Aufhaue bilden eine ständige Gefahr, denn meist sammeln sich dort Schlagwetter an. Im Revier II auf der 4. Sohle, 2. Abteilung, stehen drei Ueberhaue nebeneinander, die nicht durchgetrieben sind. In einem dieser Aufhaue sind vor kurzem ein Fahrhauer und ein Rutscheneinbauer erstickt. Es soll dort ein Luftgemenge gestanden haben, das nur 1,8 Prozent Sauerstoff enthielt. Nach Aussage der Aerzte genügten drei Atemzüge, um den Tod herbeizuführen.

Die Kohlenwagen müssen so vollgeladen werden, daß viele Kohlen beim Fahren herunterfallen, die sich neben dem Gleise ansammeln und nach und nach zermalmt werden, so daß sich überall auf den Stempeln und Firsten Kohlenstaub ansammeln konnte, der eine große Gefahr bildet. Die Steinstaubsperren in den Strecken, außer den Wanderstrecken, werden auch nicht oft genug erneuert, so daß der Staub zusammenklumpt und seinen Zweck nicht mehr erfüllen kann.

Hier besteht eine Jagd nach Kohlen, bei der alles andere zurückstehen muß. Viele Strecken sind in einem verwahrlosten Zustande, weil nicht genügend Reparaturhauer beschäftigt werden. Spitzen zum Verziehen steht man in einzelnen Revieren manchmal tagelang nicht. Mont Cenis ist eine der größten Gefahrenzechen. Drei- bis viermal in der Woche muß der Krankenwagen vorfahren, um Verletzte oder Tote abzutransportieren. Alles das geschieht unter den Augen der Bergpolizeibehörde. Die Bergpolizeibeamten sind für Verfehlungen der Verwaltung sehr kurzsichtig. Könnten solche Mißstände vorhanden sein, wenn die Bergpolizei ihre volle Pflicht erfüllte? Unseres Erachtens müßte es anders sein. Wir werden so lange kritisieren, bis solche Mißstände nicht mehr vorhanden sind." R. P.

Landtagsdebatte über Minister Stein.

Der preußische Landtag befaßte sich am 5. und 6. März sowie am 10. und 11. März mit den Interpellationen und Anträgen, die anläßlich des Unglücks auf Minister Stein angebracht waren.

Die Sozialdemokratische Fraktion hatte zu den bereits von uns abgedruckten Anträgen noch einen weiteren gestellt, welcher lautete:

„Im Jahre 1924 wurden im Steinkohlenbergbau vielfach wieder Revierprämien für Grubensteiger eingeführt, die, wie in der Vorkriegszeit, die Aufmerksamkeit des Steigers einseitig auf die Erreichung und Ueberschreitung des vorgeschriebenen Förderlolls lenken auf Kosten der Grubensicherheit.

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, unbeschadet der herbeizuführenden gesetzlichen Regelung alsbald die Bergpolizeiverordnungen dahingehend zu ergänzen, daß **die Gewährung von Revierprämien verboten wird.**"

Kamerad Osterroth begründete die Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion in ausführlicher, vorzüglicher Rede. Nach einer Uebersicht über die Unfallgefahren im Bergbau besprach er die Schuldfrage von Minister Stein, die Antreiberei, die Wetterführung, Kohlenstaubansammlung, die Vergrößerung der Befahrungsreviere für die Betriebsräte und die korrumpierenden Revierprämien. Er forderte Reform und Vereinfachung der Bergpolizeivorschriften, Ausbildung der Bergleute, Verkleinerung der Inspektionsbezirke, Einfahrer aus den Kreisen der technischen Angestellten und Grubenkontrolleure aus den Reihen der geschulten Hauer.

Der Handelsminister Dr. Schlieben ließ in seiner Antwort viel guten Willen erkennen, zur Besserung der Verhältnisse beizutragen, aber damit allein ist es ja leider nicht getan. Der Minister erklärte unter anderm, daß in den gefährlichen Bezirken die Zahl der Einfahrer erhöht werden und daß die Auswahl so erfolgen solle, daß sie das Vertrauen der Belegschaft genössen. Dr. Pinkerneil von der Volkspartei rief hier dazwischen: **„Da sollen wohl wieder die Gewerkschaften eingeschaltet werden?"** Der Minister antwortete ihm darauf, darüber könne man sich ja im Ausschuß unterhalten, jedenfalls müsse ein Weg gefunden werden, der den Einfahrern das Vertrauen der Belegschaft sichere. Vorgesehen sei die Vorschrift von Gesteinstaubsperren zum 1. Mai 1925, des Gesteinstaubverfahrens bis zum 1. April 1926. Der Prüfung unterliege die Frage, ob Steigerreviere so groß seien, daß darunter die Grubensicherheit leide. Es solle weiter geprüft werden, wie das Kontrollrecht der Mitglieder der Grubensicherheitskommission wirksamer gestaltet werden könne, ferner ob sich die Erhöhung der Geldstrafen für Uebertretung bergpolizeilicher Vorschriften empfehle.

Oberberghauptmann Schanz und der Leiter des Grubensicherheitsamts, Hatzfeld, sagten nichts wesentlich Neues.

Der gute Wille des Ministeriums tut es nicht allein. Es kommt darauf an, die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Unfallverhütung auszubauen und zu sichern, Arbeitervertreter in die Bergbehörden hineinzubringen, die Einstellung der Oberbergämter energisch in sozialer Hinsicht zu beeinflussen usw. Die Vorliebe für das Gesteinstaubverfahren erscheint uns heute noch nicht so einwandfrei berechtigt, wie man das im Ministerium annimmt. Angeblich soll der Gesteinstaub, weil nicht kristallinisch, nicht gesundheitsgefährlich sein. Aber je nach den Umständen ist das Verfahren eine Belästigung der vor Ort Arbeitenden, daß sie während der Streuung einfach nicht arbeiten können. Deshalb muß gefordert werden, daß diese Frage noch einmal gründlich, auch mit den Arbeiterorganisationen, besprochen wird, ehe man die Berieselung etwa völlig durch dies Verfahren verdrängt.

In der Debatte sprach Kamerad Otter, der eine Reihe skandalöser Beschwerden aus dem Ruhrgebiet vortrug. Er stellte fest, daß die Wetterführung auf Minister Stein nicht den Vorschriften entsprach, wenn die Bergbehörde Ausnahmen von den Vorschriften erlaubt haben sollte, so sei sie mitschuldig an der Größe des Unglücks. Er verlangte, daß neben dem Gesteinstaubverfahren auch die Berieselung entsprechend angewandt werde. Der Spritzmeister in dem Unglücksrevier auf Minister Stein war absolut nicht vorgebildet für diese Arbeit, er hat seit zwei Jahren überhaupt nicht mehr berieselt, Kohlenstaub und seine Gefährlichkeit kannte er überhaupt nicht. Mit dem Schießverbot sei es nicht getan, in der Hauptsache komme es auf Wetterführung, die Verhinderung des Kohlenstaubes und die frühzeitige Erkennung von Schlagwetteransammlungen an. Dann trug Kamerad Otter eine Reihe von Fällen vor, in denen Betriebsräte in ihrer Tätigkeit unzulässig beschränkt wurden. Diese Fälle und die Abweisung der Klagen durch die Berggewerbegerichte wurden von einem großen Teil des Landtags mit lebhaftem „Hört, hört!" aufgenommen. Otter besprach in einzelnen Klagen über haarsträubende Fälle von Amalia, Lothringen, Karolinenglück, Hugo I, Ewald I-II, Rheinpreußen und Oespel. Besonderes Aufsehen erregten Otters Mitteilungen darüber, daß die Zechen von amtlichen Besichtigungen vorher benachrichtigt werden.

Von besonderem Interesse war in der Debatte die Rede des Volksparteilers, des Bergrats und Bergrevierbeamten Craemer-Recklinghausen. Er beanspruchte vollstes Vertrauen zu der Bergbehörde, die doch unzweifelhaft mannigfacher Unterlassungen überführt ist und die Leute beschäftigt, die nie das Vertrauen der Bergarbeiter haben werden. Craemer wandte sich energisch gegen die von uns geforderten Grubenkontrolleure, da sie keine entsprechende Vorbildung hätten und ein politisches Instrument sein würden. Ganz besonders wandte er sich dagegen, daß die Organisationen Vorschläge für Einfahrer und Grubenkontrolleure machen sollten. Der Hauptträger des Grubensicherheitswesens müsse immer die Bergbehörde bleiben.

Sollen die Bergleute zu solchen Bergbeamten Vertrauen haben? Das wird niemand erwarten können und deshalb werden die Bergleute einen unerbittlichen Kampf um die Verbesserung der Grubensicherheit nach ihren Vorschlägen führen!

Steger vom Zentrum und Hartmann von den Demokraten geißelten ebenfalls allgemeine und spezielle Mißstände im Bergbau. Das Zentrum legt besonderes Gewicht auf die Schaffung von Rettungs- [illegible] schöne Worte für die Bergleute, aber es nützt den Bergleuten nichts, wenn die Deutschnationalen bei solchen Gelegenheiten den evangelischen Arbeitersekretär vorschicken und sich in der Praxis an seine Worte durchaus nicht stören.

Kamerad Franz wies denn auch in seiner Rede darauf hin, daß die Deutschnationalen trotz der schönen Worte ihres Redners Gegner der Grubenkontrolle durch Arbeiter seien. Mit mitleidigen Worten sei es nicht getan. Es sei empörend, daß z. B. in Oberschlesien ein Bergwerksdirektor den Betriebsräten die Vornahme der Grubenkontrolle verweigert habe. Auch die Vorschriften über die Berieselung vor der Schußabgabe würden nicht ordnungsgemäß beachtet. Ebenso sei es mit den vorgeschriebenen Uebungen der Rettungsmannschaften bestellt. Das alles hätten amtliche Protokolle festgestellt, der Staatsanwalt aber greife nicht ein bei solchen Gesetzwidrigkeiten. Eine Verschärfung der Polizeiverordnungen könne nichts helfen, wenn sie nicht auf die wirklich Schuldigen angewandt würden. Wo gebe es denn Grubenbesitzer, die man wirklich bestraft habe? Die Ueberfüllung der Wagen trüge erhebliche Schuld an den Kohlenstaubexplosionen. Es sei zu begrüßen, daß der Bergrat Krämer Abgeordneter geworden sei, dadurch werde er wenigstens bei der Grubenkontrolle ausgeschaltet. Die Lohnhöhe in Oberschlesien sei skandalös. 80 Prozent von Arbeiterkindern seien dort nach dem Zeugnis des Berliner Oberbürgermeisters Böß tuberkulös. In Oberschlesien gäbe es einen Lohn von 60 bis 70 Mk. monatlich. (Abg. Pinkerneil, DVp., schüttelt mit dem Kopfe.) Die Annahme der sozialdemokratischen Anträge zur Besserung der Grubenkontrolle diene auch den Interessen der Bergverwaltungen selbst.

Der Deutschnationale Dr. v. Waldthausen war entrüstet, daß die unzureichenden Löhne als mitwirkende Unfallursache bezeichnet wurden. Dr. Pinkerneil (Vp.) wandte sich nochmals gegen das von uns geforderte Verbot der Revierprämien. Der Abg. Schwenk-Oberhausen (Wirtsch. Vgg.) wandte sich scharf gegen die von uns geforderte Grubenkontrolle durch Arbeitervertreter, die er eine „Sozialisierung des Bergbaues" nannte. Der Nationalsozialist Kaiser-Anklam spielte sich in ekelhafter Weise als Bergmannsfreund auf, so daß es zu stürmischen Auftritten und zur Unterbrechung der Sitzung kam.

Die Weiterberatung aller Anträge erfolgt im Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Reichspräsidentenwahl u. Gewerkschaften.

Fritz Ebert, geschult in unseren Gewerkschaften, gewachsen an seinen Aufgaben zum allseitig anerkannten Staatsmann, ist nicht mehr. Die Wahl seines Nachfolgers, die am 29. März stattfinden soll, erregt die Gemüter in Deutschland und wird mit Spannung erwartet in der ganzen Welt.

Für die Arbeiterschaft ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß für die nächsten sieben Jahre ein Mann auf den Präsidentenstuhl kommt, der die Republik schützt, dem Völkerfrieden dient und des Volkes Wohlfahrt fördert.

Republik oder Monarchie ist in diesem Wahlkampf nicht in erster Linie das offene Kampfobjekt. Die Monarchisten sind durch Wilhelm II., Ludendorff, Tirpitz und Genossen moralisch dermaßen blamiert, daß man keinen von diesen nationalistischen Größen als Präsidentschaftskandidaten zu nennen wagt! Den Kapitalisten ist die Staatsform auch nie Herzenssache, auch mit einer Republik finden sie sich ab, nur muß es eine kapitalistisch regierte statt einer demokratisch-sozialen Republik sein.

Profit- und Ausbeutungsmöglichkeit ist die Parole der Kapitalisten. Dafür schlucken sie einen Marx oder gar Geßler als Reichspräsidenten. Worauf es ihnen ankommt, sagte die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" sehr schön am 8. März:

„Hie Republik, hie Monarchie? Nein, es geht in Wirklichkeit um ganz etwas anderes. Es geht darum, den Staat mit neuem Geist zu erfüllen und den Novembergeist zum Teufel zu jagen. Ob Monarchie oder Republik ist demgegenüber ja so nebensächlich."

Das ist es, was den Herren am Herzen liegt! Vorkriegsgeist in Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft. Herr im Hause sein! Der Arbeiter wieder eine Nummer, eine Maschine! Die größte Sorge dieser Herren ist der von den Gewerkschaften ausgehende Einfluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Wirtschaftsleben. Diesen Einfluß zu brechen oder ihn auf ein Minimum herabzusetzen, sind sie mit allen Mitteln bestrebt. Dazu muß auch der politische Kampf herhalten. Die Gesetzgebung soll von allen Ueberresten der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten befreit werden. Das ist das Ziel, das die privatkapitalistische Welt zu erreichen bestrebt ist. Die Besetzung des Reichspräsidentenpostens mit einem ihr genehmen Mann ist eine weitere Etappe auf diesem Wege. Der Reichspräsident vertritt nicht nur das Reich nach außen, er beruft Reichskanzler und damit Minister, er ist oberster Befehlshaber der Reichswehr, er hat in Zeiten von Ausnahmeverordnungen auf Grund des § 48 der Verfassung diktatorische Gewalt. Deshalb ist es für die Arbeiterschaft nicht gleichgültig, wer auf diesem Posten steht.

Die deutsche Wirtschaft hat dem verstorbenen Reichspräsidenten unendlich viel zu danken. Dies wird von Vertretern derselben auch unumschränkt anerkannt. Ein Beispiel von vielen: Das „Magazin der Wirtschaft", eine neugegründete Zeitschrift, schreibt in ihrer Nr. 4: „Die Erde, die heute auf den Sarg des Reichspräsidenten Friedrich Ebert niederrollt, deckt die sterblichen Ueberreste eines Mannes, der, obwohl Politiker, von größerer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft war, als irgend eine andere Einzelpersönlichkeit in langen Jahrzehnten." Nicht zuletzt ist es Ebert zu danken, daß hierzulande der dornige Weg des Kommunismus nach russischem Muster nicht eingeschlagen zu werden brauchte, daß das deutsche Volk auf der Grundlage bürgerlicher Freiheiten die Kraft entwickeln konnte, sich selbst zu regieren. Wenn das arbeitende Volk hierbei nicht weiter kam, so hatte es sich hier einen großen Teil Schuld selbst zuzuschreiben. Wurden doch teilweise die Blicke auf Ziele gerichtet, die wohl wie eine Fata morgana anmuteten, sonst aber weitab von der politischen Realisierung lagen. Dabei wurde der organische Ausbau eigener Machtmittel vergessen, obwohl sie allein die Grundlage aller Fortschritte bilden. Der große Vorrang, den die Wirtschaft in der Nachkriegszeit in Staats- und Gesellschaftsleben zu zeigen vermochte, spiegelte sich auch in den Entscheidungen und Verordnungen des Reichspräsidenten wieder. Viel mehr als es der Laie ahnt, war hier eine Entscheidung von höchster Stelle vonnöten. Weil dies so ist, muß auch der zukünftige Präsident des Deutschen Reiches eine freiheitliche Wirtschaftspolitik, die sich auf die breiteste Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten stützt, zu fördern in der Lage sein. Dessen müssen wir bei der Wahl eingedenk sein.

Die Bergarbeiter werden von der Bürgerblockpolitik schwer bedroht. Die Familienfürsorge in der Knappschaft soll wiederkehren, wenn man dafür die Knappschaftsrenten kürzen kann. Die Unfallrenten unter 20 Prozent sollen völlig wegfallen und für alle Renten unter 50 Prozent will man nur den halben Jahresarbeitsverdienst als Vollrente zur Grundlage der Berechnung machen. Steuer- und Zollraubzug droht.

All das wird gefördert, wenn nicht die Arbeiter den letzten Mann zur Wahl holen! Otto Braun, der Preußen Jahre hindurch als ruhenden Pol in wilder Erscheinungen Flucht zu halten verstand, ist

der Kandidat des arbeitenden Volkes!

Der Jungkamerad

Fritz Ebert †

Nicht von der Höhe
gleißenden Ruhmes
warf dich das Schicksal!

Nicht aus dem Taumel
rauschender Lust
rief dich der Tod.

Still aus dem Kreise
täglicher Pflichten
nahm er dich fort.

Hob dich,
bescheidener Sohn deines Volkes,
ins strahlende Licht
der Verehrung und Liebe,
die, dem Treuen in Treue,
ein trauerndes Volk heute beweist.

Erich Grisar

Ferien für Jugendliche.

Eine Forderung an die Gesetzgebung.

Der Ausschuß der Deutschen Jugendverbände hatte sich in seiner letzten Tagung mit der Frage: „Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen" zu beschäftigen. Das Referat war dem Kollegen Alexander Knoll vom Vorstand des ADGB. übertragen worden. Kollege Knoll legte dar, wie aus gesundheitlichen, staatspolitischen und wirtschaftlichen Gründen und vor allem aus sozialer Gerechtigkeit den erwerbstätigen Jugendlichen ein regelmäßiger Arbeitsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden muß. Die Gewerkschaften waren auf dem besten Wege, durch Tarifverträge auch die Urlaubsfrage für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter mitzuregeln. Zwei Umstände ließen jedoch einen vollen Erfolg nicht zu; einmal waren es manche Juristen, die herausfanden, daß Lehrlinge nicht von den Tarifverträgen mit erfaßt werden dürften, und zweitens die völlige Verständnislosigkeit der deutschen Unternehmer gegenüber sozialpolitischen Maßnahmen, die zu einem Rückgang der Wirkung der Tarifverträge führte. Diese Tatsachen müssen zu einer um so energischeren Forderung der gesetzlichen Regelung des Urlaubs für Jugendliche führen.

Die Aussprache ergab grundsätzliche Uebereinstimmung der Anwesenden.

Das Reichsministerium des Innern war durch Frau Dr. Bäumer vertreten, die hervorhob, daß man sich keinen Illusionen hingeben dürfe über die Möglichkeiten, die Verwendung der Urlaubszeit zu organisieren. Für das preußische Wohlfahrtsministerium erklärte Dr. Richter sein großes Interesse an dieser Frage und wies auf die Bedeutung von Ferienheimen hin; der Ausschuß der deutschen Jugendverbände müsse die Abgeordneten im Reichstag und Landtag für die Urlaubsfrage interessieren.

Dem Hinweis eines Diskussionsredners, daß man gleichzeitig Bindungen für die Verwendung der Freizeit schaffen müsse, wenn man die Freizeit selbst gewähre, wurde von den übrigen Rednern abgelehnt. Man habe nichts von solchen Bindungen gehört, als Hunderttausende von Jugendlichen infolge Arbeitslosigkeit wochenlang auf der Straße lagen. Jetzt komme es in erster Linie darauf an, den Urlaub zu sichern; durch Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Stellen könne man dann auch gegen die unzweckmäßige Verwendung der Urlaubszeit vorgehen.

Nach der Debatte wurde dann folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände hält die gesetzliche Einführung von Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen für eine dringende Notwendigkeit.

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände ersucht deshalb die Reichsregierung, so schnell wie möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, die

drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und

zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren gewährt."

Es wurde weiter beschlossen, daß der Ausschuß gemeinsam mit den Gewerkschaften wegen dieser Forderung bei den zuständigen Ministerien vorstellig werden solle. Ferner soll eine Zusammenkunft mit den Vertretern aller parlamentarischen Fraktionen veranlaßt werden, in der die Parlamentarier für die Urlaubsfrage interessiert werden sollen.

✡

Die bisherige Urlaubsgewährung erfolgte entweder auf Grund tarifvertraglicher Vereinbarungen oder freiwillig durch einsichtsvolle Unternehmer. Aber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Jugend ist davon betroffen, und soweit überhaupt, war die Urlaubszeit durchaus unzulänglich, z. B. im Bergbau werden nach vollendetem 17. Lebensjahr nach einjähriger Tätigkeit drei Tage Ferien im Jahr gewährt; in der Holzindustrie erhalten alle Lehrlinge und Jugendliche ebenfalls drei Tage im Jahr. Für große Berufsgruppen ist überhaupt keine Regelung zu erzielen gewesen. Seit dem Abschluß der Inflation ist die Zahl der gültigen Tarifverträge bedeutend zurückgegangen. Damit hat sich auch die Zahl der Jugendlichen, die bezahlten Erholungsurlaub erhalten, beträchtlich vermindert. Eine Besserung dieser Verhältnisse kann nur durch eine Maßnahme der Gesetzgebung eintreten.

✡ ✡

Die Notwendigkeit der Ferien.

Die Forderung der Jugendverbände nach gesetzmäßigem Ferienschutz

„1. Der Gesundheitszustand der gesamten deutschen Jugend ist während des Krieges und in der Nachkriegszeit durch unzureichende Ernährung und schlechte Wohnungsverhältnisse auf einen so tiefen Stand herabgedrückt worden, daß alle näher interessierten Kreise (Schulen, Berufsämter, Jugendämter, Jugendvereine, Vertreter der Wissenschaft und der Wirtschaft) mit ernster Sorge um die Zukunft unseres Volkes erfüllt sind.

2. Körperliche und wirtschaftliche Not beeinflussen die geistige Verfassung; den zersetzenden Einflüssen der Not- und Elendserscheinungen kann positiv entgegengearbeitet werden, wenn eine innere Verbundenheit mit Heimat, Volk und Staat dem Einzelnen ins Bewußtsein gerufen wird. Dies kann am besten geschehen auf längeren Wanderungen durch deutsches Land; Landschaft, Kultur und das Wirtschaftsleben unseres Volkes in all seinen Verknüpfungen werden so der Jugend offenbart. Ohne längeren Sommerurlaub sind solche Fahrten unmöglich.

3. Die immer stärker sich vollziehende Mechanisierung und Spezialisierung des Arbeitsprozesses in der Güterherstellung beeinflußt das Gefühls- und Geistesleben unserer Jugend in ungesunder Weise; die Freude an lärmenden Vergnügungen, oberflächlichem Zeitvertreib (Rummelplätze) sind äußere Zeichen dafür. Eine Gegenwirkung kann und wird erzielt werden durch zeitweiliges längeres Herausheben dieser Jugendlichen aus ihren gewohnten Arbeits- und Lebensverhältnissen.

4. Das Recht der Jugend auf Ausspannung und vorübergehendes sorgloses Genießen ist durch die Feriengewährung an den Volks-, höheren und Berufsschulen anerkannt. Nur für die Berufsschüler sind diese Ferien zwecklos, weil nicht auch gleichzeitig eine Befreiung von der Pflicht zur Erwerbsarbeit eintritt. Die soziale Gerechtigkeit erfordert es, alle Schichten der Jugend in dieser Beziehung gleich oder doch annähernd gleich zu behandeln."

✡

Unsere jungen Kameraden mögen aus Vorstehendem erkennen, daß alle kulturellen Vorteile für die Arbeiterklasse dem Unternehmertum erst abgerungen werden müssen. Der zielbewußte Kampf um die wirtschaftliche und soziale Befreiung aller Arbeiter wird uns einstmals in die Lage setzen, Ferienfreuden zu genießen, um uns für den Kampf des Alltags zu stärken und der Menschheit Dienste zu leisten. Jungkameraden, auf ans Werk! Nur wenn wir hurtig kämpfend uns bewegen, werden wir unser Ziel erreichen!

Der Reichsrat.

Mein lieber Freund! Ich habe deinen Brief erhalten. Du fragst auch, was der „Reichsrat" sei? Gut, du sollst Antwort haben.

Da wächst ein Baum. Eine Eiche. Er zieht seine Säfte und Salze aus jenem Humusboden, der das Volk heißt.

Die Eiche hat einen Stamm. Und die Eiche hat Aeste. An den Aesten sitzen Blätter. Mit den Blättern atmet der Eichbaum. Und durch den Stamm hin nährt der Baum Aeste und Blätter.

Der Eichstamm ist die Reichsgewalt. Die Aeste sind die deutschen Gliederstaaten, vertreten durch den Reichsrat.

Stamm und Aeste ergänzen einander. Reichsgewalt und Reichsrat sollen sich auch ergänzen. Daß sie es richtig tun, dafür, lieber Freund, sollst du sorgen, denn du bist das Volk. Aus deinem Herzen trinkt der deutsche Staatsbaum Säfte und Salze. Sei du ein gutes Herz!

Das ist, was dir wünscht dein alter Kamerad

Max Dortu.

Wetterlehre.

V. (Schluß.)

c) Die Wetterführung in den Betrieben.

Die Wetterführung beim Schachtabteufen ist im Abschnitt 2 bereits behandelt worden. Die Wetterführung bei der Aus- und Vorrichtung wird in einem der folgenden Kapitel gesondert zu besprechen sein. Im Abbau sind für die Wetterführung, abgesehen von Hilfsmitteln, wie Türen, Dämme usw., keine besonderen Vorkehrungen zu treffen.

Die Versorgung großer unterirdischer Räume, wie Pferdeställe, Lokomotiv- und Maschinenkammern, ist an und für sich einfach, aber durch die bergpolizeiliche Vorschrift, daß die hierzu benutzten Wettermengen unmittelbar in den ausziehenden Strom geleitet werden müssen, in vielen Fällen lästig. Man hilft sich dann, wenn diese Kammern ungünstig zum ausziehenden Strome gelegen sind, durch Einbau von Luttensträngen, unter Umständen auch durch Benutzung von Sonderbewetterung.

d) Abwärtsführung eines Wetterstromes.

Die Abwärtsführung eines Wetterstromes bedarf im Steinkohlenbergbau der Genehmigung durch die Bergbehörde. Voraussetzung für die Genehmigung zur Abwärtsbewetterung ist der Nachweis, daß Schlagwetter oder andere schädliche Gase in den Betrieb gefährdenden Mengen nicht zu erwarten sind. Immerhin ist es empfehlenswert, wenn irgendmöglich, die Abwärtsbewetterung zu vermeiden. Nur wenn ein Wetterstrom in einer Strecke, in der er nicht ausgenutzt wird, bewegt oder ein bereits ausgenutzter Strom mit dem ausziehenden Schachte nur durch Abwärtsführung verbunden werden kann, ist die Abwärtsbewetterung zulässig. Von Bedeutung wird die Abwärtsbewetterung für Unterwerksbaue, für die besondere Vorsichtsmaßnahmen zur Sicherung des Betriebes erforderlich sind. Die frischen Wetter müssen durch einen besonderen Wetterweg abwärts geführt und von dem ausziehenden Strom zuverlässig getrennt werden. Auch muß der Strom zunächst bis zum tiefsten Punkte niederfallen und sodann vor den Betriebspunkten aufsteigen.

Muß ein gebrauchter und nicht weiter verwendeter Wetterstrom abwärts geführt werden, so wird er von dem höchsten Punkte durch einen besonderen Bremsberg oder Stapelschacht wieder zur Sohle, von welcher er ausgegangen ist, geleitet. Auch bei dem Abbau von Spezialsätteln und einzelnen Flözstücken ist eine gewisse Abwärtsführung der Wetter häufig unvermeidlich, ferner auf den Gruben, welche fast horizontale Lage besitzen, wenn man hier nicht sämtliche Wetterstrecken im festen Gestein auffahren will.

e) Hilfsmittel zur Führung des Wetterstromes in der Grube.

Strecken, welche wetterdicht abgesperrt werden, erhalten feste Wetterdämme aus Holz oder Mauerwerk, wenn ein Verkehr in der Strecke

Der Jungkamerad.

Er geht bedächtig zur gewohnten Schicht
In seines Vaters ausgetretnen Spuren.
Ein Schatten furcht sich in sein Junggesicht
Wie eine Wolke in ergrünte Fluren.

Die Kaffeepulle gluckert hinterrücks.
Die Hände hängen lässig in den Taschen.
An seinem Weg steht keine Fee des Glücks,
Die ihm erlaubt, aus ihrem Born zu naschen.

Acht Stunden lang zermürbt er seine Kraft
Für irgend jemand, dem er nie begegnet.
Stumm geht er heim, ermüdet und erschlafft,
Wo ihn der stille Blick der Mutter segnet.

So geht er Tag für Tag an seinen Platz.
So lebt er Tag für Tag in gleicher Weise.
So hebt er Tag für Tag den schwarzen Schatz
Für irgend jemand aus dem goldnen Kreise.

So dreht er sich im täglich gleichen Kreis,
Versucht vergebens, sich emporzuschwingen.
Er ist verdammt, im ausgetretnen Gleis
Der schweren Fron die Jugend zu verbringen.

Doch die Gewissheit gibt ihm Kraft und Mut:
Am Weg zur Arbeit werden Blumen spriessen,
Wenn alle Ströme jugendheisser Glut
Sich in das Meer der Einigkeit ergiessen.

Victor Kalinowski

Austritte verhindert werden sollen. Die vollständige Absperrung durch Dämme wird nur auf der Förderstrecke vorgenommen, während auf der Wetterstrecke Gasrohre durch die Dämme in den alten Mann geführt und diese in der Wetterstrecke in der Stromrichtung umgebogen werden, um den Gasaustritt aus dem alten Mann zu erleichtern. Um einen durchaus sicheren Abschluß zu sichern, wird der Damm in Schlitze einzulassen sein, die in den Stößen hergestellt werden. Zur Absperrung der beim Pfeilerabbau üblichen Wetterdurchhiebe eignen sich Verschläge aus Holz oder Bergemauern mit Mörtelbewurf. Etwaige Undichtigkeiten der Holzverschläge werden durch Verschmieren mit Letten beseitigt.

Dort, wo Fahrung oder Förderung erfolgt, wendet man Wettertüren an, wenn Wert auf vollständige Absperrung des Streckenquerschnittes durch die Tür gelegt wird. Die meist aus Holz bestehenden Wettertüren werden in einem hölzernen Rahmen aufgehängt, der durch Mauerung, Holz oder Segeltuch an den Stößen abgeschlossen wird. Zum leichteren Schließen werden die Türen etwas schräg gestellt oder mit einem Gegengewicht versehen. In stark befahrenen Strecken und Querschlägen werden besondere Vorrichtungen zum Selbstöffnen und -schließen der Türen eingebaut, die aus Federn und Fallgewichten bestehen. Derartige Vorrichtungen gibt es eine große Anzahl, welche in den Fachzeitschriften eingehend beschrieben sind. Da sich einheitliche Bauarten bisher nicht herausgebildet haben, soll auf eine Besprechung verzichtet werden.

Um einen guten, sorgfältigen Abschluß zu bekommen, verwendet man mehrere Türen hintereinander, deren Abstand voneinander so groß zu nehmen ist, daß ein ganzer Wagenzug zwischen zwei Türen Platz hat.

An Stelle der gewöhnlichen Türen kann man auch Drehtüren vorsehen, welche mit Vorteil in doppelspurigen Strecken eingebaut werden. Die Drehtüren können sich um 90 Grad öffnen, der Ausschlagwinkel kann aber auch nur so groß sein, daß auf jedem Gleis gerade ein Wagen passieren kann, zu welchem Zwecke die Tür schräg gestellt wird.

Die Drosseltüren, welche zur Verteilung und Regelung der Wetterströme benutzt werden, sind mit einer Oeffnung zu versehen, so daß erforderlichenfalls ein Teil des Wetterstromes hindurchziehen kann. Soll die hindurchziehende Strommenge genau reguliert werden, so wird in der Tür ein verstellbarer Schieber angebracht.

Sicherheitstüren stehen beim gewöhnlichen Betriebe offen. Sie sind so konstruiert, daß sie durch eine Explosion nicht beschädigt werden können. Das Schließen der Türen findet erst dann statt, wenn eine Explosion erfolgt ist. In der Nähe der Schächte werden derartige Türen meist aus Eisen gefertigt.

Muß ein Wetterstrom einen anderen kreuzen, ohne daß eine Mischung stattfinden darf, so wird ein Wetterkreuz oder eine Wetterbrücke eingerichtet. Die Ausführung erfolgt in der Weise, daß der Wetterstrom durch eine besondere Strecke geleitet wird.

Steht für die Hin- und Weiterleitung eines Wetterstromes zu einem Betriebspunkte nur eine Strecke zur Verfügung, so muß diese in ihrer Längsrichtung geteilt werden. Neben Lutten oder Wetterröschen benutzt man hierzu Wetterscheider, die aus Holz, Wettertuch, Mauerwerk oder Beton bestehen können. Zur Herstellung eines hölzernen Wetterscheiders werden Mittelstempel in der Strecke geschlagen und mit in Nut und Federn passenden Brettern verschalt. Zur Erzielung einer guten Abdichtung werden diese Scheider noch mit Lehm verschmiert. Die Scheider werden in der Sohle eingebühnt und an der Firste durch kurze, senkrecht gestellte Brettchen gedichtet. Beim Scheider aus Mauerwerk oder Beton ist der Abschluß einfach zu bewerkstelligen. Wettertechnisch sind die Scheider den noch zu besprechenden Lutten überlegen, da sie geringere Wetterverluste aufzuweisen haben und den Streckenquerschnitt nicht so beengen. Nachteilig sind der große Raumverbrauch, die schwierige Abdichtung, die hohen Anlagekosten und der Umstand, daß ihre Anwendung nur bei wenig druckhaftem Gebirge vorteilhaft erscheint.

f) Ueberwachung der Wetterwirtschaft.

Zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wetterwirtschaft ist eine ständige Ueberwachung der Ventilatoren, der Wetterwege in der Grube und der Hilfsmittel zur Führung und Verteilung der Wetterströme erforderlich. Des weiteren muß man sich durch regelmäßige Untersuchungen von der Beschaffenheit der Grubenwetter und durch Messungen davon überzeugen, daß jedem Betriebspunkte genügende Wettermengen in guter Beschaffenheit zugeführt werden. Laut Bergpolizeivorschrift müssen die Grubenventilatoren mit selbsttätig aufzeichnenden Kontrollapparaten versehen sein, welche die Depression aufschreiben, auch sind besondere Wetterrisse anzulegen, welche die Stärke und den Verlauf der Wetterströme angeben. Ratsam ist es, eine schematische Darstellung über die Verzweigung der Wetterströme, den sogen. Wetterstammbaum, anzulegen, welcher einen guten Ueberblick über die ganze Wetterführung

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten

Ewing I—III: Karl Berchem, Wilhelm Meier, Aug. Vogt, Friedrich Pläßmann, Ludwig Pläßmann, Johann Dolata, Paul Salva jun., Karl Neumeier, Friedrich Scholz, Hermann Herden, Paul Döring, Rudolf Supan, Franz Wichmann, Friedrich Pohl, Wilhelm Vogt, Anton Kaller, Wilh. Böhne, Wilhelm Schneider, Fritz Nakowitz, Heinrich Borgmeier.
Brechten: Andreas Becker.
Hagen: Binkmann.
Lindenhorst: Otto Quittek, Richard Kulina.
Schönow N.-M. Reinhold Klaus.

Das Andenken der Kameraden, die oft in jahrzehntelanger, aufopferungsvoller Tätigkeit für unsere Bewegung gearbeitet haben, werden wir stets in Ehren halten.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Hungerlöhne.

Als Kamerad Franz vor einigen Tagen im preußischen Landtag von Hungerlöhnen der Bergleute von 70, 80, 90 Mark sprach, hielt der Volksparteiler Dr. Pinkerneil lebhaften Widerspruch für angebracht. Wir könnten die Behauptung von Franz hundertfach illustrieren aus allen Revieren, wir wollen es nachstehend nur tun an Zahlen aus dem Ruhrgebiet von einer Zeche der Essener Steinkohlenbergwerke, wo im Februar nur 18 Schichten verfahren wurden. Dort verdienten im Febr.:

	Brutto	Abzüge	Netto
Lediger Tagesarbeiter	88,20	19,—	69,20
Verh. Tagesarbeiter mit zwei Kindern	96,80	19,—	77,80
Verh. Zimmerhauer mit zwei Kindern	113,—	20,90	92,10
Lediger Hauer	126,—	24,30	101,70
Verheirateter Hauer mit zwei Kindern	134,60	23,30	111,30
18jähriger Arbeiter	61,70	14,50	47,20

So verdienen Zehntausende, viele Zehntausende! Wo soll das hinaus?

Löhne und Unfallgefahr.

In der Erkenntnis, daß die Lohnfrage entscheidend mitwirkt bei der Unfallgefahr, verlangt die Gruppe der Arbeiter und Angestellten in der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau eine bergbehördliche Verfügung an die Bergrevierbeamten, daß bei allen Unfalluntersuchungen, die Gedingearbeiter betreffen, festgestellt und in den Unfallakten vermerkt wird:

Verdienst der Kameradschaft im Unfallmonat und im Monat vorher. War der Verdienst über oder unter dem tariflichen Durchschnittslohn? War der unterschrittene verdiente Lohn aufgebessert oder ist der verdiente Satz ausgezahlt worden?

Der Antrag ist sehr berechtigt und es darf wohl erwartet werden, daß er umgehend Berücksichtigung findet.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe.

In der Zeit vom 22. bis 28. Februar hat sich der westfälisch-lippische Arbeitsmarkt nach den Berichten der örtlichen Arbeitsnachweise weiterhin leicht gebessert. Diese Bewegung hält nun schon seit Wochen an, scheint aber zu einem vorläufigen Stillstand zu kommen. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat sich die Zahl der Feierschichten in der Woche vom 16. bis 21. Februar weiter auf 219 752 in 142 Fällen erhöht. In der Vorwoche mußte also im Durchschnitt fast die Hälfte der Gesamtbelegschaft eine Schicht unfreiwillig feiern. Sowohl die starke Zunahme der Feierschichten in den letzten Wochen als auch der fast 5 Millionen To. betragende Lagerbestand an Kohlen, Koks und Briketts sind bedrohliche Zeichen für die außerordentlich ungünstigen Absatzverhältnisse auf dem Kohlenmarkt. Wenn trotzdem im Kohlenbergbau noch Vermittelungsmöglichkeiten, allerdings in der Hauptsache zwischenörtlicher Natur, bestehen, so liegt dies eben an der Verschiedenartigkeit des Beschäftigungsgrades der einzelnen Zechen. Während die einen zu Belegschaftsverminderungen und Einlegung von Feierschichten gezwungen sind, können die anderen Belegschaftsvermehrungen vornehmen und sind hierin nur durch die Wohnungsschwierigkeiten vorläufig behindert. Vereinzelt wird beobachtet, daß Jugendliche ihre Arbeitsplätze auf der Zeche verlassen, um in der Landwirtschaft Arbeit aufzunehmen. Trotz Anschlags war es einer Zeche des Randgebiets nicht möglich, für diese Jungen (14—16 Jahre) Ersatz zu bekommen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat sich von Mitte Januar bis Mitte Februar in Westfalen und Lippe wesentlich verringert. Am 15. Februar waren vorhanden 42 527 männliche und 1700 weibliche Hauptunterstützungs- und 54 888 Zuschlagsempfänger gegen 47 674 bezw. 1900 bezw. 62 609 am 15. Januar. **Die Abnahme beträgt somit 5147 männliche und 200 weibliche Hauptunterstützungs- sowie 7421 Zuschlagsempfänger.** Seitdem hat sich die Abnahme wohl fortgesetzt, aber doch verlangsamt. In Hörde schieden in der Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 779, vom 15. bis 28. Februar aber nur 169 Erwerbslose aus, in Gelsenkirchen 961 bezw. 106. Vor Zuzug aus den anderen Gebieten muß nach wie vor nachdrücklichst gewarnt werden, da im hiesigen Bezirk noch genügend erwerbslose gelernte Arbeiter zur Verfügung stehen, des weiteren aber auch die Wohnungsfrage eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Siegerländer Erzbergbau.

Die Belegschaften der Siegerländer Gruben haben sich in mehreren Versammlungen mit den Zuständen in den Betrieben und den Lohnverhältnissen beschäftigt. Gleich den anderen Bergbaurevieren hat auch auf den Siegerländer Gruben ein Antreibesystem Platz gegriffen, wo das Letzte aus der menschlichen Arbeitskraft herausgeholt wird. Es war und ist vorauszusehen, daß die Arbeiterschaft einer solchen Anforderung nicht standhalten kann. Die schlechte Ernährung und Entlohnung, die Ueberspannung der Kräfte, muß naturgemäß dazu führen, daß einmal ein Zusammenbruch des Menschen und eine Auflehnung gegen solche übermenschliche Anforderungen eintritt. Es brodelt und gärt in allen Ecken. Die Behandlung der Arbeiter läßt nicht nur viel zu wünschen übrig, sondern erfordert eine unbedingte Besserung, wenn Zusammenstöße vermieden werden sollen. Die Tariflöhne sind die denkbar schlechtesten. Unter welchen Lohnverhältnissen die Siegerländer Bergarbeiter ihr Leben zu fristen haben, zeigen zwei Beispiele von vielen:

Ein Arbeiter hatte im Januar in 13,35 Schichten einen Lohn von 41,42 Mk. verdient. An Abschlag hat dieser Arbeiter 18 Mk. erhalten. Er mußte sein Schuldenkonto dem Vormonat gegenüber um 4,01 Mk. — von 140,42 auf 144,62 Mk. — erhöhen. Ein anderer Arbeiter hatte im Januar in 16,90 Schichten 70,15 Mk. verdient. Das Schuldenkonto verringerte sich bei diesem Arbeiter von 95,69 auf 85,25 Mk. Wie diese Arbeiter und auf welche Weise sie ihre Familien ernähren, bleibt wirklich ein Geheimnis. Anstatt den gerechten Forderungen der Verbände nachzukommen, schreibt der Arbeitgeberverband an seine Gruben, daß die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung der gelernten und ungelernten Arbeiter abgelehnt hätten. Die Grubenbeamten haben nichts Besseres zu tun, als den Arbeitern dieses Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes vorzuhalten und die Leute abzuweisen, ohne der Wahrheit die Ehre zu geben. Es ist doch ein starkes Stück, eine solche Unwahrheit zu verbreiten. In Wahrheit sollten die Hauer von der letzten 10prozentigen Tariflohnaufbesserung 2—3 Mk. erhalten und diese 2—3 Mk. sollten zugunsten der ungelernten Arbeiter um 1 Pf. gekürzt werden. Daß die Verbände einer solchen Art von Lohnerhöhung nicht zustimmen konnten, liegt klar auf der Hand. Warum hat der Arbeitgeberverband diesen wahren Sachverhalt seinen Mitgliedern vorenthalten und warum sagen die Beamten den Arbeitern nicht, wie sich die Sache zugetragen hat? Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Unsere Bewegung im Bezirk Halle.

In Cöthen tagte am 1. März die von über 80 Delegierten besuchte Jahreskonferenz des Bergarbeiterverbandes vom Halleschen Bezirk. Vom Hauptvorstand nahm Kamerad Schmidt (Bochum), vom Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat Kamerad Garbe und von der Halberstädter Knappschaft Kamerad Behrens an der Konferenz teil.

Den Bericht über die Tätigkeit des verflossenen Jahres erstattete Kamerad Reddigau. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß trotz der Inflation und der schweren Krise im Braunkohlen- und Erz-, ganz besonders aber im Kalibergbau das Verbandsleben wieder ein außerordentlich reges geworden ist. Durch Ausschaltung der Diskussion über politische Parteistreitigkeiten sei das Versammlungsleben ganz erheblich gesundet. Er wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage für die Bergarbeiter infolge anhaltender Teuerung immer schwieriger geworden sei. Die Unternehmer ließen fast durchweg jedes soziale Verständnis für die Lage der Bergarbeiter vermissen. Die durchgesetzten Lohnerhöhungen erfolgten immer nur auf dem Zwangswege der Schiedssprüche. Das alles könnte besser werden, wenn die Kraft der Organisation noch mehr als bisher durch den Zustrom der unorganisierten Kameraden gestärkt würde. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die derzeitige Gesundung der Verbandsverhältnisse anhalten möge, damit, gestützt auf die Organisation, die mitteldeutschen Bergarbeiter größere Erfolge als bisher erzielen können.

Den Kassenbericht erstattete Kamerad Lier. An den Geschäfts- und Kassenbericht schloß sich eine lebhafte Debatte an. In der Hauptsache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die überlange Arbeitszeit ganz unerträglich sei und daß das nächste Ziel die Wiedereinführung des Achtstundentages sein müsse. Aber auch die völlig ungenügenden Löhne müßten eine wesentliche Verbesserung erfahren. Ganz besonders wurde Kritik geübt an dem geradezu unerträglich gewordenen Zustande auf dem Gebiete des Knappschaftswesens. Insbesondere wurde gefordert, daß endlich eine geordnete Geschäftsführung der Mansfelder und Halleschen Knappschaft eintreten möge.

Auch die bolschewistischen Kameraden waren nicht untätig. Im Auftrage ihrer Moskauer Ratgeber wollten sie durch einen Konferenzbeschluß die Einheitsfront der Gewerkschaften herbeiführen. Dabei betonten sie natürlich, daß dies alles nur von durchaus ehrlichen und aufrichtigen Gesichtspunkten aus geschähe. Was zu diesem Kapitel zu sagen ist, sagten die Kameraden Schmidt, Garbe, und im Schlußwort Reddigau zur Genüge. Der bolschewistische Antrag, im Sinne der Moskauer Richtung zu handeln, wurde mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Dafür wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

> „Die in Cöthen tagende Jahreskonferenz billigt die Tätigkeit der Verbandsleitung und spricht ihr Vertrauen aus. Die Konferenz fordert die Verbandsleitung auf, ihre ganze Kraft für eine wesentliche Verbesserung der völlig unzureichenden Löhne und für die Herabsetzung der Arbeitszeit einzusetzen. Zur Erreichung dieser Ziele fordert die Konferenz die unorganisierten Kameraden des ganzen Bezirks auf, sich restlos dem Bergarbeiterverbande anzuschließen."

Gleichfalls angenommen wurde ein Antrag, es bei dem bisherigen Bezirkszuschlag von 10 Pf. bis auf weiteres zu belassen. Hierauf hielt Kamerad Schmidt (Bochum) ein gut durchdachtes, richtunggebendes Referat über die Praxis des Tarifwesens, wobei er ganz besonders betonte, daß die Kameraden des Bergbaues doch endlich die für sie große Vorteile bietende Einrichtung des Tarifwesens für am zweckmäßigsten halten möchten. Er fand aufmerksame Zuhörer und einmütige Zustimmung.

Kamerad Reddigau wies dann noch auf die große Bedeutung der bevorstehenden Betriebsratswahlen hin und forderte die Kameraden auf, dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben nur freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte gewählt werden. Mit einem zu reger Verbandsarbeit anfeuernden Schlußwort und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Bergarbeiterverband schloß Kamerad Reddigau die außerordentlich lehrreich und anregend verlaufene Konferenz.

Kameraden! Funktionäre!

Bei der Betriebsrätewahl darf es keine Nichtwähler geben! Holt alle Bergarbeiter zur Wahl heran! Keine Stimme darf uns infolge Lauheit und Interesselosigkeit verloren gehen! Ein Betriebsrätewahlerfolg unseres Verbandes bedeutet erhöhten Schutz der Bergleute vor Unfallgefahren; bedeutet einen weiteren Schritt der Arbeiterklasse zur Durchdringung und Einsichtnahme in die Betriebe und den gesamten Produktionsorganismus. Auf, die Pflicht ruft!

Kameraden, an die Arbeit!

Kommunistische Gewerkschaftspraxis.

Die kommunistischen Führer behaupten fortgesetzt, die „ehrliche" Einheit der Gewerkschaften zu erstreben. Wie vorsichtig diese Absicht bewertet werden darf, beweist mit voller Deutlichkeit folgender Vorgang:

Der Bergarbeiterverband hatte für den 15. Februar eine Bergarbeiterversammlung nach Oberröblingen einberufen. Oberröblingen gilt als der Herd der gelben vaterländischen Arbeitervereine, deren Bestrebungen in jener Gegend vorwiegend von den Stinnes-Riebeckschen Werksdirektoren, insbesondere von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Leopold gefördert werden. Es galt also die Position des Bergarbeiterverbandes zu festigen. Jeder rechtlich denkende Bergarbeiter fühlte daher die Verpflichtung in sich, die Arbeiten des Bergarbeiterverbandes zu unterstützen. Das bewiesen die vielen Neuanmeldungen in den letzten Monaten, zugleich aber auch der riesige Versammlungsbesuch. Es hätte auch gar nicht anders sein können, denn die Arbeitsverhältnisse auf den Gruben nötigten geradezu zu kritischer Stellungnahme in aller Oeffentlichkeit. Die allgemeine Stimmung war in den Bergarbeiterkreisen allgemein für die Gewerkschaften und gegen die Maßnahmen der Grubenverwaltungen.

Anders jedoch im Kreise der kommunistischen Führer. Dort wollte man die auflebende Gewerkschaftsbewegung parteipolitischen Zwecken dienstbar machen. Zur Vorbereitung dieser Absicht erschien im Revier selbst die KPD. gewühlt, um ihre wenigen Parteianhänger zur „Aktion gegen den Verband" mobil zu machen.

Vor der Versammlung noch, die von nahezu 1000 Kameraden besucht war und glänzend verlief, wurde Lademann wegen der sehr merkwürdigen „gewerkschaftlichen Mithilfe" im „Klassenkampf" zur Rede gestellt. Natürlich wußte er nichts davon, der Aufruf wäre ohne seine Kenntnis erschienen und fände seine Billigung nicht. Das war um so merkwürdiger, da Lademann auf Grund seines Immunitätsschutzes den „Klassenkampf" als verantwortlicher Redakteur zeichnete. Er betonte schließlich, die Partei (KPD.) habe mit diesen Dingen nichts zu tun.

Wie groß die Wahrheitsliebe eines Lademann ist, werden wir gleich sehen. In der Versammlung behauptete ein Teilnehmer, die Einigung in den Gewerkschaften sei deshalb so schwer, weil die Kommunisten stets parteipolitische Ziele verfolgten, das beweise mit aller Deutlichkeit ein seit Wochen von der „Unterbezirksleitung der KPD. Mansfeld" verbreiteter Handzettel, den er der Versammlungsleitung übergab und dessen Echtheit von Lademann nicht bestritten wurde. Dieser im Original vorliegende Handzettel hatte den gleichen Wortlaut, wie der Aufruf im „Klassenkampf". Hierzu braucht nur noch bemerkt zu werden, daß Lademann in der Unterbezirksleitung Mansfeld der KPD. sitzt. Der verantwortliche Redakteur Lademann weiß also nicht, was in seiner Zeitung gedruckt wird, er weiß nur, daß er Korreferent gegen den Bergarbeiterverband sein muß und er ist zur rechten Zeit zur Stelle.

Der Unterbezirksführer der KPD. Mansfeld, Lademann, gibt eine Einladung zur Versammlung heraus, obwohl die Partei nichts damit zu tun hat. Es ist wirklich zuviel verlangt, wenn nach alledem noch jemand an die Wahrheitsliebe und selbstlose Mitarbeit der KPD.-Führer in den Gewerkschaften glauben soll. Es ist alles beim alten geblieben, die KPD. arbeitet nach wie vor in den Gewerkschaften nicht für die Verbesserung der Bergarbeiterlage, sondern an der Beseitigung der Führer, um die Organisation zu einem politischen Instrument der KPD. zu machen. Diese Absichten hatten die Oberröblinger Kameraden aber rechtzeitig erkannt und zunichtegemacht. H.

Starke Erregung unter den Arbeitern in Mansfeld.

Die Arbeiter der Mansfeld A.-G. werden bis heute mit Löhnen abgespeist, mit denen ein Durchkommen unmöglich ist. Die Tarifschichtlöhne für über 21 Jahre alte Arbeiter betrugen bis zum Jahresschluß 1924 von 2,10 bis 2,90 Mk. Facharbeiter mit 12stündiger Schichtzeit erhielten einige Pfennige mehr. Diese erbärmlichen Lohnsätze wurden durch Schiedssprüche vom November und Dezember um je 10—20 Pf. pro Schicht gesteigert und festgelegt, daß für über 21 Jahre alte Personen nicht unter 3 Mk. gezahlt werden soll.

Die erheblich gebesserte Wirtschaftslage der Mansfeld A.-G. veranlaßte die Tariforganisationen, höhere Löhne zu fordern. Infolge der ablehnenden Stellungnahme der Mansfeld A.-G., Lohnzugeständnisse zu machen, fällte der zuständige Schlichter einen Schiedsspruch, der den Ecklohnsatz (Hauerlohn) auf 3,75 Mk. festlegte. Auch dieser Schiedsspruch mit seiner geringen Erhöhung wurde von der Mansfeld A.-G. abgelehnt und bekämpft. Das Reichsarbeitsministerium unterstützte die ablehnende Haltung durch die Nichtverbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches.

Zu diesem skandalösen Vorgang nahm eine von 150 Funktionären besuchte Konferenz der Organisationen Stellung, die unter schärfstem Protest die Stellungnahme der Mansfeld A.-G. sowie die des Reichsarbeitsministeriums verurteilte und eine Aenderung in der Lohnpolitik forderte. In 17 überfüllten Versammlungen nahmen die Arbeiter der Mansfeld A.-G. Stellung zu dieser Art Lohnpolitik. Der Aufforderung, wieder eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, um eventuell höhere Löhne erkämpfen zu können, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Die Mansfeld A.-G. hat es in der Hand, eine Lohnpolitik zu treiben, die die berechtigten Interessen der Arbeiter erfüllt, oder aber sie muß die Verantwortung dafür übernehmen, die sich aus der Weigerung, höhere Löhne zu zahlen, ergibt.

Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier.

In Oelsnitz fand unsere diesjährige sehr gut besuchte Jahreskonferenz statt. Kamerad Uhlmann verwies auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht, der für alle drei sächsischen Bezirke eine Uebersicht über die Tätigkeit der Organisation innerhalb des sächsischen Tarifgebiets im Jahre 1924 bietet. Trotz des scharfen Vorgehens der Unternehmer gegen die organisierten Bergarbeiter, trotz des verlorenen Kampfes im Frühjahr 1924 und der geradezu schamlosen, unverantwortlichen Hetze der von Moskau finanziell völlig abhängigen kommunistischen Drahtzieher im Revier befindet sich die Organisation wieder in stetiger Aufwärtsentwicklung. Welchen „Einfluß" die Kommunisten auf die Massen noch haben, beweist am besten die am Anfang des Jahres neu herausgegebene Parole: „Hinein in die Gewerkschaften!" Die Kommunisten und Unionisten, d. h. die Leute, die sich so nennen, denken gar nicht daran, diesem Befehl zu folgen. Das hieße ja Gewerkschaftsbeiträge zahlen, und da bleiben sie denn doch lieber passiv bei der lendenlahmen Union.

In der anschließenden regen Aussprache wurde der Bezirksleitung das volle Vertrauen für alle von ihr getroffenen Maßnahmen ausgedrückt. Ueber den nächsten Punkt: „Die neue Lohnordnung für den sächsischen Steinkohlenbergbau" sprach Kamerad Uhlmann in eingehender Weise. Die Haltung der Unternehmer ist auch hier schroff ablehnend. Sie wollen nur zustimmen, wenn auch ihnen eine Reihe Wünsche, die, wie man das nicht anders erwarten kann, ganz wesentliche Verschlechterungen des Manteltarifs mit sich bringen würden, erfüllt werden. Der Referent wies hierbei auf das sinnlose Geschreibsel im „Kämpfer" hin, offenbar von dem „großen Oelsnitzer General" der Union stammend, welches klar und eindeutig zeigt, daß dem „Führer" der Union die tatsächlichen Verhältnisse im Bergbau ein Buch mit sieben Siegeln sind und daß er vom Tarifwesen auch nicht eine blaue Ahnung hat! Eigentümlich berührt es auch hier, daß Kommunisten und Unternehmer die gleichen Ziele haben. Die Werksherren stemmen sich mit aller Macht gegen die neue Lohnordnung, weil sie genau wissen, daß sie klare Lohnverhältnisse bringen würde. In der äußerst scharfen Aussprache über diesen Punkt wurde von allen Kameraden das Verhalten der Union als für die Bergarbeiter gemeingefährlich bezeichnet. Ueber die Bergherren wunderte sich natürlich niemand; deren Herrenstandpunkt ist ja bekannt. Bedauerlich ist nur, daß der Indifferentismus vieler Bergarbeiter diesen Herren noch nutzbar sein kann. Einmütigkeit bestand darüber, daß eine neue Lohnordnung geschaffen werden muß und dabei die Wünsche der Unternehmer auf Verschlechterung des Manteltarifs ganz entschieden abzuweisen sind. Um der Bezirksleitung bei den in Berlin stattfindenden Verhandlungen Bewegungsfreiheit zu geben, wurden bindende Beschlüsse nicht gefaßt. Infolge der vorgerückten Tageszeit wurden die noch vorgesehenen Punkte: „Knappschaftswesen" und „Rechtsschutz" bis zu einer demnächst abzuhaltenden Konferenz vertagt. Bei den erforderlichen Wahlen zu den einzelnen Ausschüssen und Kommissionen wurde überall Einmütigkeit erzielt. — Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen konnte Kamerad Uhlmann feststellen, daß wohl selten eine Jahreskonferenz

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Die Riesenpleite der KPD. in Oberschlesien.

Schon zu wiederholten Malen meldete die KPD. in Oberschlesien durch Aufrufe, in denen ihre Parteiangehörigen und die Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter aufgefordert werden, zum Bergarbeiterverband überzutreten, ihren Konkurs an. Das künstlich aufgebauschte Kartengehäuse dieser Auch-Proletarierpartei ist so elend zusammengebrochen, daß bei Liquidierung desselben nichts mehr vorhanden war. Außer einigen wenigen Betriebsräten, die zum Teil auch schon seit Monaten mit ihren Beiträgen im Rückstand waren, sind keine Uebertritte aus der Union erfolgt. Ein Beweis dafür, daß der vom Kommunistenführer Kunsei beim Zusammenbruch des Maistreiks im vorigen Jahre dem Bergarbeiterverband angesagte Kampf bis zur Vernichtung sich nicht gegen diesen, wohl aber gegen die KPD. samt ihren Nebeneinrichtungen vortrefflich ausgewirkt hat.

Wenn aber trotzdem die KPD.-Leitung heute noch sogenannte Aufrufe an ihre Mitglieder, die nicht mehr vorhanden sind, erläßt, dann nur deshalb, um den schon seit langem aktuell gewordenen Bankerott zu verschleiern. Durch einen „Salto mortale" glauben sich die politischen Strauchritter à la Jadasch und Konsorten vor dem Urteil der Geschichte retten zu können. In dem letzten Aufruf in der „Oberschlesischen Roten Fahne" vom 24. November wird neben den üblichen Phrasen auch folgendes gesagt:

„Auch ihr Arbeiter und Angestellten in den Bergbaubetrieben dürft nicht ruhig zusehen, wie ihr und eure Kinder langsam dem Hungertode preisgegeben werdet. Ihr müßt in ehernem Kampfe gegen die Bourgeoisie erringen, was ihr zum Lebensunterhalt für euch und eure Kinder und Familien gebraucht. Wir fordern deshalb alle Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter auf, sofort ihren Beitritt zum Bergarbeiterverband zu erklären. Niemals haben wir die Union als Selbstzweck betrachtet. Geboren aus der Verärgerung über die Verrätereien und Niederlagen, die die sozialdemokratische Führerschaft den Arbeitern beigebracht hat, hatte ihr Bestand eine gewisse Berechtigung. Jetzt aber angesichts der ungeheuren Verelendung der Arbeiterklasse, angesichts der ungeheuren Kämpfe, die die Arbeiterklasse zur Erhaltung ihres Lebens führen muß, ist es notwendig, eine eiserne, feste Organisation zu schaffen. Darum hinein in den Bergarbeiterverband!"

Für uns ist diese Aufforderung ein geschichtliches Dokument, und das um so mehr, als aus ihr hervorgeht, daß die Zerstörer der Arbeiterbewegung ihre Unfähigkeit, der Arbeiterschaft helfen zu können, unumwunden zugeben. Wir stellen dies zu unserer Genugtuung fest, denn wir haben genug gewarnt und immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, die den Arbeitern aus der kommunistischen Sowjetbewegung entstehen werden. Und wenn in der Aufforderung gesagt wird, daß die Union nicht zum Selbstzweck geschaffen wurde, so ist das eine elende Lüge, eine Heuchelei sondergleichen. Damit kennzeichnen jene Leute nur ihre Feigheit. Sie haben nicht den Mut, zu ihren Taten zu stehen. Aber was soll man auch anderes von Menschen erwarten, die noch vor Toresschluß der Monarchie „Heil dir du Wonnegans" auf Kriegervereinsbällen gesungen haben?

Wenn jemals Verrätereien an den Arbeitern durch Arbeiterführer begangen wurden, dann nur durch jene der bolschewistischen Partei. Die Parlamentstaten der KPD. seit den letzten Reichstags- und Landtagswahlen sind ein einziger Verrat an der deutschen Arbeiterschaft. Die Schaffung von mehr als einem halben Dutzend kommunistischer Parteien und Unionen war ein Verbrechen an der Arbeiterklasse Deutschlands, das geschichtlich feststeht. Was haben z. B. die oberschlesischen Arbeiter, die dem Marktschreier und Konjunkturpolitiker Jadasch nachgelaufen sind, von ihm gelernt? Es ist ein Jammer, wenn man heute Beschwerden und Eingaben über Streitfälle aus dem Tarifvertrag von jenen Betriebsräten zu Gesicht bekommt, die noch vor kurzem in der von Jadasch aufgezogenen Union organisiert waren. Nicht einmal das Abc eines Tarifvertrages hat er ihnen beigebracht. Ist es da ein Wunder, wenn heute in verschiedenen Betrieben alles drunter und drüber geht? Wir werden uns der Aufgabe unterziehen und den Betriebsräten, die von der Union den Weg zu uns zurückgefunden haben, die Aufklärung zuteil werden lassen, deren sie zu einer praktischen Arbeitervertretung bedürfen.

Mit Recht haben sich die Betriebsräte von den politischen Irrlehren der KPD. abgewandt. Sie mußten es tun, wollten sie nicht unter ihrer Lüge und Heuchelei zugrunde gehen. Unaufhaltsam und sicher vollzieht sich das Schicksal der Auflösung an dieser Partei.

Der neue Steuerraubzug.

Die neuen Steuervorlagen der Rechtsblockregierung, die dem Reichsrat, aber noch nicht dem Reichstag vorliegen, stellen ein **ungeheuerliches Attentat auf die Taschen der armen Leute** dar. Schon die Aenderung des Finanzausgleichs bringt unerträgliche neue Lasten für die breiten Massen der Bevölkerung.

Der Finanzausgleich geschah bisher in der Form, daß den Ländern und Gemeinden namhafte Prozentsätze von den Eingängen einzelner Steuern überwiesen wurden. So erhielten letztere nach der 3. Steuernotverordnung von der Einkommen- und Körperschaftssteuer 90 Prozent. Diese Teilung soll hinfort betragen: Reich 25, Länder und Gemeinden 25 Prozent. Von der Umsatzsteuer erhalten Länder und Gemeinden anstatt wie bisher 20 Prozent. Die ausfallenden Beträge sollen von den Ländern und Gemeinden durch Zuschläge ausgeglichen werden.

Die Zuschläge sollen in erster Linie **von der Einkommen- und Körperschaftssteuer** erhoben werden. **Der Steuerabzug vom Arbeitslohn soll ebenfalls der Auferlegung von Zuschlägen unterliegen.** Die Zuschläge sollen in ihrer Höhe unbegrenzt sein, jedoch soll die reichsgesetzlich festgelegte Progression der Steuersätze bestehen bleiben. Den zuschlagseifrigen Ländern und Gemeinden wird hierdurch Tür und Tor geöffnet. Hinzu kommt, daß die ärmeren unter ihnen die Zuschläge über das übliche Maß hinaus festsetzen, während die reicheren sich Beschränkungen auferlegen können. Wenn also der Steuerabzug vom Arbeitslohn ausdrücklich als zuschlagpflichtig erklärt ist, so **nicht die Kapitalertragssteuer! Diese reine Besitzsteuer soll nicht angetastet werden.** Die Ergebnisse dieser Steuer sollen nicht bedeutend genug sein, um die Nachteile für die erwünschte Neubildung des Vermögens auszugleichen. **Eine arbeiterfeindlichere Maßnahme ist noch von keiner Regierung seit Bestehen des Reiches getroffen worden!** Noch dazu mit der faden Begründung von dem Schutze der neuen Vermögensbildung, als wenn die kargen Einkünfte der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht eines noch größeren Schutzes bedürftig wären! Reaktionäre Gemeindevertretungen werden selbstverständlich die Realsteuern (Gewerbesteuer usw.) zu ermäßigen trachten auf Kosten der massenbelastenden Zuschläge! Wie man die technischen Schwierigkeiten der Zuschläge bewältigen will, ist noch ganz unklar. Die eine Gemeinde erhebt diesen Zuschlag, die andere jenen. Millionen Arbeiter wohnen hier und arbeiten in anderen Gemeinden. Welcher Zuschlag soll nun erhoben werden? Der der Betriebsgemeinde? Damit würden die Wohngemeinden, die höhere Zuschläge haben, nicht einverstanden sein, ebensowenig die Arbeiter, die in Gemeinden mit niedrigeren Zuschlägen als der Betriebsgemeinde wohnen. Die Hauptsache bleibt natürlich die Gefahr neuer Massenbelastung, abhängig von reaktionären Gemeindevertretungen.

Ein weiteres Prachtstück reaktionärer Steuerreform ist die durch den Finanzausgleich verewigte Hauszinssteuer. Hierbei geht man von der Voraussetzung aus, daß die Mieten alsbald in voller Höhe der Vorkriegszeit erhoben werden. Die Hauszinssteuer beträgt nach wie vor 40 Prozent. Hiervon sollen 10 Prozent zur Förderung der Bautätigkeit und 10 Prozent für den Hauseigentümer zur Verzinsung des Eigenkapitals und der aufgewerteten Hypotheken verbleiben. 20 Prozent verbleiben den Ländern und Gemeinden. Damit wird die Hauszinssteuer für eine lange Zeit bleibender Bestandteil bleiben. Jedoch dient sie zu einem großen Teil zur Bereicherung der Hausbesitzer.

Von dem Inhalt der sonstigen Vorlagen erwähnen wir kurz:

Die Umsatzsteuer von 1,5% soll bleiben. (Die Vertikalkonzerne sparen hier nach wie vor zum größten Teil.) Bei der Einkommensteuer sollen fortan Spiel- und Lotteriegewinne frei bleiben. Die Spekulationsgewinne bleiben fast ganz frei, da für ihre Erfassung zugrunde gelegt wird: ein Jahr Besitz von Wertpapieren, zwei Jahre von Grundstücken. Bei größeren Einkommen kann der Verbrauch besteuert werden statt des Einkommens. Das will natürlich wenig besagen, denn wer über 8000 Mk. verbraucht, wird mit wenigen Ausnahmen in der Lage sein, Teile dieses Verbrauchs als Geschäftsunkosten zu verbuchen. Die Staffelung ist wesentlich zugunsten der großen Einkommen verändert, statt 60 Prozent zahlt das Millioneneinkommen nur 35 Prozent.

Die Lohnsteuer erfährt eine kaum nennenswerte Milderung dadurch, daß für das vierte, fünfte Kind usw. 2 Prozent statt 1 Prozent in Abzug gebracht werden. Heute sind also 720 Mk. steuerfrei gegen 900 vor dem Krieg, 2500 in Frankreich und 3000 in England!

Bei der Erbschaftssteuer bleibt das Gattenerbe frei, wenn Kinder oder Enkel vorhanden sind. Stinnes hätte also danach heute nicht nötig, sein Vermögen der Erbschaftssteuer zu entziehen durch Uebertragung auf seine Kinder. Angesichts der Feststellung im Sachverständigengutachten, daß Deutschlands Erbschaftssteuer wesentlich zurücksteht hinter der anderer Länder, ist dieser Vorschlag ein starkes Stück. Bei der Vermögenssteuer sollen die nächsten zwei Raten aufgehoben werden, damit die armen Kapitalisten mit ihrem „Substanzverlust" erst wieder einmal zu Atem kommen.

Die Biersteuer soll verdoppelt, die Tabaksteuer um 5 Prozent, der Tabakzoll von 30 auf 80 Mk. erhöht werden.

Alles in allem: Die Entwürfe der Blockregierung sind eine ungeheuerliche Herausforderung der Arbeitenden!

Lohn und Arbeitszeit.

Die Streitfrage der Lohnerhöhung für Gedingearbeiter

im Ruhrbergbau nach dem letzten Schiedsspruch war am 13. März Gegenstand von Verhandlungen im Arbeitsministerium. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen, die Frage wird bei den Verhandlungen wegen der beantragten Lohnerhöhung am 17. März erneut zur Behandlung gestellt werden.

Kalischiedsspruch für verbindlich erklärt.

Der am 17. Februar von der Schlichterkammer in Berlin gefällte Schiedsspruch für die Kaliindustrie ist auf Antrag des Arbeitgeberverbandes für verbindlich erklärt worden.

Neuer Manteltarif für das Siegerland.

Am 10. März wurde der tariflose Zustand für das Siegerland durch den Abschluß eines Manteltarifvertrags beendigt. Der Vertrag lautet:

Der Vertrag gilt für alle dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Gruben und Hütten des Siegerlandes. Die normale tägliche Arbeitszeit beträgt für Arbeiter unter Tage einschließlich Ein- und Ausfahrt und einschließlich einer halbstündigen Pause 7½ Stunden. Für Uebertagearbeiter beträgt die Arbeitszeit ausschließlich Pausen 8 Stunden. Ein Abkommen über Mehrarbeit ist besonders vereinbart.

Werden Uebertagearbeiter über 6 Stunden unter Tage beschäftigt, so haben sie Anspruch auf die Schichtzeit der Untertagearbeiter. Für Untertagearbeiter, die vorübergehend über Tage beschäftigt werden, gilt die Schichtzeit der Uebertagearbeiter.

Für die über das Mehrarbeitsabkommen hinausgehende Ueberarbeit werden folgende Zuschläge bezahlt: An Werktagen für die ersten zwei Stunden 20 Prozent, für die nächsten zwei Stunden 30 Prozent, an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen 50 Prozent. Ueberarbeit ist in dringenden Fällen zu leisten. Die Belegschaften erhalten für die im vorstehenden Vertrag festgesetzte Schichtzeit und nach Maßgabe der geleisteten Arbeit die in der zum Tarifvertrag gehörenden Lohntafel verzeichneten Löhne.

Der Mindestlohn für die Gedingearbeiter unter Tage beträgt 90 Prozent des jeweilig festgesetzten Hauerdurchschnittslohnes. Neben den im Tarif vereinbarten Löhnen werden an die Belegschaftsmitglieder soziale Zulagen für jede verfahrene Schicht gezahlt.

Urlaub wird gewährt bei einjähriger ununterbrochener Tätigkeit und beträgt bei Arbeitern über und unter Tage und über 17 J. bei einer Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 2 Tage, 2 J. 3 Tage, 3 J. 4 Tage, 4 J. 5 Tage, 5 J. 6 Tage und bei unter Tage arbeitenden bei 10 J. 7 Tage, bei 15 J. 8 Tage, bei 20 J. 9 Tage. Die Arbeiter über Tage erhalten nach dem 15. Jahre 8 Tage Urlaub. Eine Entschädigung bei Urlaubsverzicht findet nicht statt.

Dieser Vertrag tritt mit dem 1. April 1925 in Kraft. Erklärungsfrist bis zum 16. März 1925.

Das Ueberarbeitszeitabkommen bestimmt folgendes: Die Arbeiter unter Tage leisten im Anschluß an die regelmäßige Schichtzeit Ueberarbeit derart, daß die Gesamtschichtdauer 8 Stunden beträgt. Sofern besondere betriebstechnische Verhältnisse weitere Mehrarbeit bedingen, kann diese bis zu einer halben Stunde vereinbart werden. Für die Arbeiter über Tage wird die Arbeitszeit auf 58 Std. für sechs Wochentage festgesetzt derart, daß die reine Arbeitszeit am Sonnabend in der Morgenschicht nicht mehr als 8 Stunden beträgt. Vorstehende Mehrarbeit wird mit 10 Prozent von dem in der Lohnordnung festgelegten Schichtlohn vergütet.

Diese Vereinbarung kann erstmalig am 1. Juni mit einmonatiger Frist gekündigt werden.

Schiedsspruch für Frankfurt a. d. O.

Ist das sogenannte ostdeutsche Revier kaum von hervorzuhebender wirtschaftlicher Bedeutung — weil wir hier meistens kleine Gruben haben, deren Förderung von den großen Braunkohlenrevieren glatt übernommen werden könnte —, so ist es doch nicht unbedeutend, wie es mit der sozialen Lage der Arbeiter dieses Reviers bestellt ist. Glänzend ist dieselbe nicht. Sie ist deshalb nicht glänzend, weil wir im Lohn von allen deutschen Bergbaugebieten so ziemlich an letzter Stelle rangieren und weil die Unternehmer glauben, daß er bei einem bißchen Landbesitz und Kornickelzucht den Arbeitern nur die Hälfte des Lohnes gezahlt zu werden braucht, auf den ein Tiefbauarbeiter Anspruch hat. Vor einem Jahre zahlten die Herren gnädiglichst 70 Prozent vom Lohn des Kernreviers, gleich 3,10 Mk. Durch das beständige Arbeiten der Organisation wurde der Spitzenlohn schließlich auf 3,67 Mk. gebracht, für einige Gruben etwas höher. Nun ist am 4. Februar im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt worden, in dem Lohn, Manteltarifvertrag und Arbeitszeit geregelt wurde. In der Lohnfrage ist die Dreigliederung geblieben, mit 90 Prozent vom Kernrevierlohn für die Grünberger Gruben, mit 85 Prozent für die Finkenheerder Grube, die Trepliner Karlsgrube und die Grube Am nassen Fleck in Guben. Für alle übrigen Gruben gilt der Satz von 82,5 Prozent. Unseren Antrag, die 82,5 Prozent fallen zu lassen und allgemein mindestens 85 Prozent des Kernrevierlohnes zu zahlen, lehnten die Unternehmer ab, weil es für sie nicht tragbar und außerdem die Arbeiter zufrieden seien. Selbstverständlich wollen die Arbeiter keine höheren Löhne haben, sie werden von der langen Arbeitszeit genügend satt und freuen sich, daß sie ein solches Hundeleben führen dürfen. Jedem Kumpel wird es auch einleuchten, daß die Unternehmer den Satz von 82,5 Proz. unmöglich fallen lassen können, denn wenn sie 85 Prozent zahlen sollten, dann müßten sie zehn ganze Pfennige pro Schicht und Kopf zulegen und das ist gleichbedeutend mit völligem Ruin der Werke. Wir wundern uns, daß sich die Herren Schlichter von solchen Unternehmerargumenten ohne weiteres breitschlagen lassen. Das einzige, was an diesem Schiedsspruch beachtlich ist, ist die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Grünberger Bergleuten widerfahren ist, als nämlich der von den Unternehmern beliebte und von anderen Behörden als fachmännisch belobte Vorsitzende des Frankfurter Schlichtungsausschusses die Grünberger Gruben laut Schiedsspruch um 5 Prozent im Lohn heruntersetzte. Diese Art Lohnpolitik spricht für sich selbst. In der Arbeitszeitfrage, die hier seit 1923 vollkommen ungeregelt war, was die Herren Unternehmer nicht genierte, sich auf einen für sie nicht maßgebenden Schiedsspruch zu berufen, ist das sogenannte Mehrheitsabkommen, mit dem abgeänderten Manteltarifvertrag auch für Ostdeutschland sanktioniert. Kameraden! Nur mit stärkerer Organisation gibt es bessere Verhältnisse. Das sage einer dem anderen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein Jubiläum

Am 16. März waren es 25 Jahre her, daß Paul Umbreit Redakteur des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" (heute „Gewerkschaftszeitung" des ADGB.) ist. Das Wirken Umbreits an dieser Stelle umfaßt ein bedeutsames Stück der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn man die Jahrgänge des „Correspondenzblattes" von dem ersten schmalen Bändchen bis zu den dickleibigen Jahrgängen kurz vor dem Kriege und die „Gewerkschafts-Zeitung" nur flüchtig ansieht, so findet man ein umfassendes Material über die gesamte Arbeiterbewegung und ihren immer steigenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung. Der langsame, sichere Aufstieg des deutschen Proletariats, seine Klassenkämpfe und sein Bildungsstreben, seine Rolle im internationalen Proletarierkampf spiegelt sich in den Bänden wieder.

Paul Umbreit war der geborene Redakteur für das Blatt. Er verfügt über ein Wissen und Können, wie man es nicht oft findet. Wenn sein Name in den Tageskämpfen auch nicht oft genannt wurde, so hat er doch die deutsche Gewerkschaftsbewegung befruchtet und ihr Wege gewiesen, wie nur wenige neben ihm. Wir wünschen, daß ihm noch lange das Wirken an der liebgewordenen Stätte möglich sein wird.

Otto Sillier †.

Am 4. März starb nach längerer Krankheit der frühere Vorsitzende des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Otto Sillier, im Alter von 67 Jahren. Otto Sillier war Mitbegründer des Verbandes und 28 Jahre Verbandsvorsitzender. Unter den schwierigsten Verhältnissen hat er in zäher, ausdauernder Arbeit den Verband zur Höhe emporgeführt. Er war ein aufrichtiger und tapferer Streiter für die Rechte seiner Klassengenossen. Auch als internationaler Berufssekretär hat er sich große Verdienste erworben. Sein Name wird in der Geschichte der Arbeiterschaft verzeichnet stehen. Die organisierte Arbeiterschaft wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Gustav Eifler †.

Nach längerem Siechtum verschied am 3. März am Herzschlag im Alter von 78 Jahren Gustav Eifler vom Verband der Deutschen Buchdrucker. 30 Jahre hat der Verstorbene als Hauptkassierer gewirkt. Im Mai 1921 trat er in den wohlverdienten Ruhestand. Ein arbeitsreiches, mit Erfolg gekröntes Leben hat seinen Abschluß gefunden. Die Verdienste, die sich der Verstorbene um den Buchdruckerverband erworben hat, sichern ihm ein ehrendes Andenken für alle Zeiten.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Bergbau und Reichsbahntarifpolitik.

Niederschlesien hat unter Produktions- und Absatzverhältnissen zu leiden, die eine besondere Hilfsaktion erfordern. Im Ruhrgebiet liegt es ähnlich. 1913 hatten wir im Ruhrgebiet arbeitstäglich 1614 Feierschichten, im Januar 1925 arbeitstäglich 6885, in der ersten Februarwoche 16 316, in der zweiten Woche 27 336 arbeitstäglich.

Die Haldenbestände betrugen Ende 1913 rund 1½ Millionen To., Ende 1924: 5 033 290, Mitte Februar 7¼ Millionen Tonnen.

Die Ursachen des Absatzmangels sind vielseitige. Eine Ursache ist aber sicherlich die Tarifpolitik der Reichsbahn. Die Kohlentarife sind im Durchschnitt 43 Proz., steigend bis 63 Proz., höher als 1913. Die Mehrfracht je Tonne beträgt z. B. von Gelsenkirchen nach Essen 50 Pf., Mülheim-Ruhrort 60 Pf., Münster 1 Mk., Bielefeld 1,40, Siegen 1,50, Minden 1,80, Hannover-Kassel 2,30, Berlin 2,30, Bremen-Emden 3,70, Magdeburg 3,10, Hamburg 5,90 Mk.

Eine Eingabe, die von Abgeordneten der verschiedensten Parteien aus dem Ruhrgebiet, auch von unseren Verbandskameraden, an den Reichskanzler gerichtet wurde, verlangt energische Einwirkung der Reichsregierung auf die Reichsbahngesellschaft, damit diese ihre Tarifsätze für Kohlen den Friedenssätzen so weit wie möglich annähere.

Die Kohlenförderung Hollands

ist von rund 5,3 Mill. To. in 1923 auf rund 5,9 Mill. To. in 1924 gestiegen. Die Förderung des Jahres 1913 betrug erst 1 873 079 To., diejenige des Jahres 1920 3 940 590 To. und diejenige des Jahres 1922 4 574 000 To. Seit 1913 wurde also die Förderung des holländischen Steinkohlenbergbaues mehr als verdreifacht.

Die Konkurrenz Englands machte sich 1924 erheblich fühlbar, so daß es zu Haldenaufschüttungen kam. Wie anderwärts, so klagen auch die Unternehmer in Holland über hohe soziale Lasten (die aber geringer sind als in Deutschland) und über hohe Frachten. Auch die Löhne sind ihnen zu hoch, sie haben deshalb den Lohntarif zum 1. 4. gekündigt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 12. Woche (vom 15. bis 21. März) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Aus dem Verbande sind ausgeschlossen worden: Fritz Reichel (H.-Nr. 731 207), Zahlstelle Ober-Altwasser auf Grund des § 6 des Statuts und des Beschlusses der Gießener Generalversammlung; Johann Steinke (H.-Nr. 350 076), Zahlstelle Steinförde auf Grund des § 6 des Statuts.

Hamm-Nord. Wir machen darauf aufmerksam, daß der im Essener Bezirk arbeitende Kamerad Fritz Peck mit dem ehemaligen Mitglied unseres Verbandes, Beck, aus der Zahlstelle Heeßen nicht identisch ist. Der im Essener Bezirk arbeitende Kamerad Fritz Peck ist ein altes, treues Mitglied unseres Verbandes und hat mit den ehemaligen Mitglied Beck, der Verbandsgelder unterschlagen hat, nichts gemein.

Krankengeldauszahlung.

Bleicherode. Auszahlung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung jeden Sonnabend nach dem 15. und 30. jeden Monats, im Bureau des Kameraden Berger, nachmittags von 4—6 Uhr.

Bergerhausen. Jeden Freitag beim Kassierer Brenner.

Ober-Sprockhövel. Jeden ersten Sonntag im Monat beim Kassierer Ernst Ackersberg, Am Leveloh 86 ¼.

Eigen-Bottrop. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vormittags von 9—12 Uhr, beim Kassierer Peter Vollmer, Bottrop, Vinkenstraße.

Erklärung! Am Sonntag, den 1. März 1925, habe ich in einer kombinierten Mitgliederversammlung beleidigende Aeußerungen getan über den Vorstand und die Kameraden, die bei den Verhandlungen tätig sind. Ich habe in der Erregung diese Kameraden als „Gewerkschaftsbonzen" und „Idioten" bezeichnet, welches ich hiermit mit Bedauern zurücknehme.

Mörs, den 5. März 1925.

Reinhold Schmidt, Mörs, Galenstraße 4 m.

Durchschnittslöhne der Bergarbeiter je Schicht im 2. Quartal 1913 und 1924.

	1913: I	II	III	IV	V	VI	1924: I	II	III	IV	V	VI
Ruhrgebiet	6,50	4,53	4,33	1,45	—	5,37	6,77	4,94	5,29	1,74	3,59	5,88
Oberschlesien	4,77	3,49	3,20	1,26	1,30	3,56	5,51	4,30	4,31	1,03	2,16	4,46
Niederschlesien	3,81	3,38	3,07	1,33	1,68	3,39	4,58	3,95	3,80	0,90	1,94	4,08
Saargebiet	5,16	4,09	3,83	1,41	—	4,43	—	—	—	—	—	—
Aachener Revier	5,64	4,32	4,05	1,62	—	4,89	6,09	4,74	4,77	1,88	2,77	5,30
Niederrheinischer Steinkohlen-Bergbau	6,28	5,28	4,40	1,56	—	5,57	6,80	4,95	5,81	1,74	3,54	5,84
Rechtselbischer Braunkohlen-Bergbau	4,20	3,59	3,48	1,89	2,29	3,75	4,78	4,42	4,26	1,55	2,23	4,89
Linkselbischer Braunkohlen-Bergbau							4,89	4,51	4,46	1,51	2,28	4,56
Linksrheinischer Braunkohlen-Bergbau	4,79	4,36	3,91	1,91	—	4,22	6,02	5,89	5,81	1,40	3,04	5,83
Haller Salz-Bergbau	4,77	4,11	3,81	1,37	1,84	4,20	5,48	4,57	4,16	1,35	2,17	4,55
Clausthaler Salzbergbau	4,99	4,08	3,93	1,57	3,29	4,37	5,45	4,63	4,15	1,25	2,23	4,52
Mansfelder Erz-Bergbau	3,87	3,79	3,55	1,77	—	3,67	3,66	3,13	3,15	1,37	1,85	3,35
Oberharzer Erz-Bergbau	4,18	4,03	3,16	1,33	1,42	3,57	—	—	—	—	—	—
Siegener Erz-Bergbau	5,15	4,01	3,95	1,91	1,80	4,45	6,01	4,65	4,13	1,46	2,24	4,92
Nassau-Wetzlarer Erz-Bergbau	3,69	3,36	3,41	1,81	1,35	3,51	4,29	3,91	3,93	1,56	2,10	4,04
Rechtsrheinischer Erz-Bergbau	4,36	3,77	3,45	1,70	1,56	3,86	—	—	—	—	—	—
Linksrheinischer Erz-Bergbau	3,53	3,33	3,13	1,41	1,63	3,26	—	—	—	—	—	—
Bayerische Stein- und Pechkohlen	4,81	3,82	3,52	1,53	2,24	4,19	4,66	3,75	3,65	0,99	2,10	4,00
Bayerische Braunkohlen	—	—	—	—	—	—	4,59	3,49	3,93	1,36	1,92	4,02
Sachsen-Altenburger Braunkohlen	4,59	3,89	3,74	2,41	2,09	3,93	5,07	4,40	4,30	1,45	2,34	4,44
Sachsen Steinkohlen	—	—	—	—	—	—	4,96	4,60	4,17	1,05	2,46	4,49
Sachsen Erz-Bergbau	—	—	—	—	—	—	4,47	3,68	3,38	1,25	1,95	3,80
Sachsen Braunkohlen	—	—	—	—	—	—	4,99	4,53	4,71	1,63	2,19	4,75
Hessen Braunkohlen	—	—	—	—	—	—	4,70	4,00	3,59	1,69	—	4,06
Hessen Erz-Bergbau	—	—	—	—	—	—	3,58	3,24	3,44	1,36	1,91	3,46
Hessen sonstiger Bergbau	—	—	—	—	—	—	3,16	2,32	2,98	2,11	1,88	3,07
Braunschweiger Tiefbau:	—	—	—	—	—	—						
a) Braunkohlen	—	—	—	—	—	—	5,42	5,03	4,73	—	—	5,08
b) Kali-Bergbau	—	—	—	—	—	—	5,32	4,24	4,28	—	2,34	4,42
c) Eisenerz-Bergbau	—	—	—	—	—	—	4,76	3,62	3,73	1,12	—	4,32
Braunschweiger Tagebau:	—	—	—	—	—	—						
a) Braunkohlen	—	—	—	—	—	—	4,60	4,77	4,57	1,52	2,38	4,57
b) Eisenerz-Bergbau	—	—	—	—	—	—	4,41	4,01	3,57	1,58	2,01	3,93
c) Sonstiger Bergbau	—	—	—	—	—	—	3,87	3,68	3,86	0,87	2,48	3,76

Die römischen Zahlen bezeichnen die einzelnen Lohngruppen und zwar: I Bergarbeiter im engerem Sinne, II sonstige Bergarbeiter, III erwachsene Uebertagearbeiter, IV jugendliche Arbeiter, V weibliche Arbeiter, VI Durchschnittslöhne aller Arbeiter.

Bei Vergleichen ist zu beachten, daß sich die Löhne für das 2. Quartal 1913 verstehen ausschließlich und die Löhne für das 2. Quartal 1924, mit Ausnahme von Sachsen-Altenburg, einschließlich der Versicherungsbeiträge, und daß diese erheblich höher sind wie 1913. Zudem ist bei Errechnung des Reallohnes zu beachten, daß Lebenshaltung und Steuern ebenfalls ungleich höher sind, wie 1913.

Die erste Bedingung

für jede gut geleitete Küche ist die Verwendung bester Zutaten für die Bereitung von Mahlzeiten. Aus diesem Grunde ist

Dr. Oetker's „Gustin"

in der einfachen sowie feinen Küche allgemein beliebt. — Der Gebrauch von Dr. Oetker's Gustin ist ausserordentlich vielseitig. Man nimmt Gustin um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken. Ausserdem bereitet man mit Gustin Puddings, Cremes, Suppen, Kuchen, Torten, Milch und Fruchtflammeris, ideale Kinderspeisen und Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen.

Sie kaufen Dr. Oetker's Gustin in „Originalpäckchen" mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf" zum Preise von 33 Pfg., in allen einschlägigen Geschäften.

Besondere „Gustin-Rezepte" erhalten Sie kostenlos ebendaselbst oder wenn vergriffen gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Photo-Apparate u.-Bedarfsartikel

In einfacher bis bester Ausführung, unerreicht preiswert. Keine Teilzahlungen. Illustrierte Liste kostenfrei.

M. Geflitter & Co.

Photohaus, Dresden 24, Abteilung 20.

Garant. reinen sehr hellen Bienen Schleuder-Honig
Dose 9 Pfd. netto fr. Mk.
I. Auslese hochf. 11,50
II. Qual. auch gut 10,50
Halbe Dose 6,25 frc.
Nichtgefallend nehme zur.
Bienenzüchter H. Preut
Thülo 36 b. Friesoythe (Oldenburg).

Gute Legehühner
lief. Geflügelhof t. Mergentheim 17 Preisl. frei. Reelle Bedienung.

Prima Eiderfettkäse
9 Pfund 6,00 M. franco
Dampfkäsefabrik
Rendsburg 424.

Lungen- u. Asthmakranken
ist unser Kräuter-Tee „Silvana" von hervorragender, vorbeugender Wirkung. „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt", schreibt E. W. in P. „Auswurf, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf", „Unser Arzt freute sich selbst, daß der Tee mir bekommt", „Appetit und Wohlbefinden hoben sich", so lauten täglich einlaufende Dankschreiben. Pro Paket Mk. 1,— Nachn. Laut bezirksärztlicher Bestätigung frei verkäuflich. **Silvana-Gesellschaft, Augsburg 2.**

Invaliden und agitatorisch befähigte Kameraden können ihr Einkommen erhöhen, wenn sie als **Mitarbeiter** für die **Volksfürsorge** tätig sind.
Man wende sich schriftlich an:
Rechnungsstelle Dortmund, Sofiengasse 6
Essen, Berlinerstraße 167.

von würzigem Wohlgeschmack — dabei viel billiger als Bohnenkaffee!
— 1 Pfund nur 50 Pfg. —

Gicht-Rheumatismus-
Kranke sollten nicht versäumen ihre Adresse umgehend zu senden an:
Dr. Josef Schroembgens
Cleve (Niederrhein).
Sofortige kostenlose Beantwortung. Zahlreiche Dankschreiben.

Saatkartoffeln!
Wechsle die Saat, das ist der beste Rat.

Allerfrühreste gelbe Juni.
Die feinste frühreste gelbfleisch. Speisekartoffel von hohem Ertrag und größter Widerstandsfähigkeit.
1 Ztr. 12 M., 1/2 Ztr. 6,50 M., 1/4 Ztr. 3,50 M.
10 Pfd.-Postkollo 2,— M.

Original Odenwälder blaue, J. Abs.
Tiefgoldgelbe mittelfrühe Speisekartoffeln von sehr hohem Ertrag.
1 Ztr. 8 M., 1/2 Ztr 4,50 M., 1/4 Ztr. 2,50 M.
10 Pfd.-Postkollo 1,50 M.

Orig. Preussen, J. Abs.
Wird im Laufe der nächsten Jahre den 1. Platz unt. d. Spätk. einnehm. Preußen h. gelbes Fleisch von feinstem Wohlgeschmack und zeichnet sich besonders durch ihren üppigen Wuchs und größte Widerstandsfähigkeit aus.

Ihr Ertrag ist ganz enorm. 1 Ztr. 10,— M., 1/2 Ztr. 5,50 M., 1/4 Ztr. 3,— M., 10 Pfd.-Postkollo 1,50 M.

Original Industrie, J. Abs. Beliebteste gelbfleischige Speisekartoffel., 10 Ztr. 75,— M., 1 Ztr. 8,— M., 1/2 Ztr. 4,50 M., 1/4 Ztr. 2,50 M., 10 Pfd.-Postkollo 1,50 M.

Preisliste gratis. Säcke zum Selbstkostenpreis.

Mitteldeutsche Zentral-Saatenstelle
Hermann Hildebrandt, Döllstädt-Erfurt 120.

Erfurter
Gemüse- u. Blumensamen
landwirtsch. Sämereien, Saatkartoffeln liefert sortenecht und zuverlässig
Friedrich John Nachf.
Erfurt 61.
Neueste Preisliste auf Verlangen.
Auftragsammlern gewähren wir Rabatt.

Rosen niedr. veredelt, pflanzfertig geschnitten per Dtzd. Mk. 7,00
Schlingrosen in Farben Stück Mk. 1,00
Prunus triloba Mandelbäumchen „ 1,20
Desgleichen, Stämmchen 30 cm hoch „ 2,00
Rote holl. Johannesbeerstr., 10 St. „ 4,00
Stachelbeerstr., Sort. n. Wahl, „ „ 7,00
Alles Verpackungsfrei gegen Nachnahme liefert
H. Hachmann, Halstenbek 2, Holstein.

Wilste Musik treiben — Mußte Dörfel schreiben!
MUSIK Instrumente
für Orchester, Schule und Haus
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Klingenthal in Sachsen. Nr. 98

Billige böhmische Bettfedern
1 Kilo graue geschlissene Gm. 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm.
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes 209 bei Pilsen in Böhmen.

Nerven wie Stahl

erfordert für uns die heutige Zeit. Dem lebengebenden Blute, der Grundsubstanz in unserem Organismus, müssen wir daher unser Augenmerk zuwenden. Man befolge daher den Rat der Ärztewelt, die allen denen, deren Nerven infolge übermäßigen Verbrauches an roten Blutkörperchen dem Lebenskampfe nicht voll gewachsen sind, das blutbildende Köstritzer Schwarzbier verordnen. Das echte Köstritzer Schwarzbier wird wegen seines herben, vollwürzigen Geschmackes auch auf die Dauer gern getrunken. Zu haben in allen durch Schilder und Plakate kenntlichen Geschäften. Man achte dabei darauf, um vor Nachahmungen geschützt zu sein, auf das gesetzlich geschützte Wappen-Etikett.

Reklamepreis nur Mk. 4,00
kostet die echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52, stark vernickelt, ca. 30stündiges Werk, genau reguliert, nur M. 4,00
Nr. 53 Dieselbe mit Scharnier nur M. 4,50
Nr. 51 Dies. echt versilbert, mit Goldrand u. Scharnier nur M. 5,00
Nr. 55 Dieselbe mit besserem Werk nur M. 6,50
Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet nur M. 12.80
Nr. 39 Damenuhr, versilbert, mit Goldrand nur M. 7,50
Nr. 79 Dies., kleine Form, nur M. 10,00
Nr. 81 Dieselbe, echt Silber, 10 Steine nur M. 20,00
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen nur M. 8,00
Nr. 44 Dieselbe mod. viereckige Form, mit besserem Werk nur M. 12,00
Wecker, Ia. Messingwerk nur M. 3,20
Metall-Uhrkapsel nur M. 0,25
Panzerkette, vernickelt nur M. 0,50
„ echt versilbert nur M. 1,50
„ echt vergoldet nur M. 2,00
Goldnbleekette M. 5,00

Nachtleuchtend nur M. 0,40 mehr

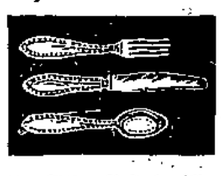
Garantie für jede Uhr.
Von den Uhren verkaufe jährlich ca. 10000 Stück.
Uhren-Klose, Berlin SW. 141, Zossener Strasse 8.

Niedr. Rosen (pflanzfertig beschn.) per Dtzd. M. 7,—
Rote holländ. Johannisbeeren, stark, per 10 Stück Mark 4,—
dto. schwächere, „ 10 „ „ 2,50
Himbeersträucher, „ 10 „ „ 3,—
liefern Verpackungsfrei per Nachnahme
Gebr. Kühnen, Baumschulen, **Wedel** in Holstein.

MUSIK-INSTRUMENTE
spez. Harmonikas, Lauten, Guitarren, Mandolinen, Sprechappparate etc.
Versand ab Fabrik direkt an Private
Katalog gratis. 14000 Dankschreiben
MEINEL & HEROLD
Musikinstr.-Harmonikafabrik
KLINGENTHAL/SA. № 475

9 Pfd. la. Schweinskopf
mit Fettbacken franko 4,60 Mk.
9 Pfd. Schweinekleinfleisch 4,75 Mk.
9 Pfd. Rinderbacken ohne Knochen 3,90 „
9 Pfd. la. Rot- u. Sülzwurst, geräuch. 9,90 „
9 Pfd. Schweinebacken, geräuchert 9,90 „
— Alles franko Nachnahme. —
Garantiert erstklassige, keine amerikaner Ware.
W. Peter Pape, Fleischw.-Fabrik
Hamburg 4 B. Z.

Das schönste Geschenk!
zur Konfirmation, Geburtstag, Hochzeit etc.



Alpacca-Besteck: Messer 1,80 Mk., Löffel und Gabel 1,25 Mk., Kaffeelöffel 75 Pf. à St. prima weiß bleibend.
Nichtgef. nehme zurück. Versand per Nachnahme oder Voreinsendung.
Illustrierter Katalog über Silber-Bestecke, Alpacca, Stahlwaren, Luxus- und Haushalt-Gegenstände gratis und franko.
Emil v. d. Steinen, Solingen 51.
Versandhaus und Stahlwarenfabrik.

Ohne Kaufzwang!

10 Tage zur Probe erhält jeder Selbstrasierende meinen Pat. Rasiermesserschärfer
„Aluminiograph"
oder meinen Pat. Rasierklingenschärfer
„Tto"
Ersterer nur für Rasiermesser, letzterer nur für Klingen an Apparaten. — Illustr. Preisliste über sämtl. Rasierartikel gratis. Bitte Beruf angeben.
Frz. Humpert 33. Versandhaus Ortenberg (Baden).

Schönes Dutzend-Sortiment **Buschrosen!**
lief. fertig beschn., postfrei geg. Nachn. v. Mk. 7,—
Felix Beyer, Baumschulen, **Prisdorf 6,** per Pinnerberg-Holstein.

Kein Haushalt ohne Dr. Sidlers Siwalin!
Unerreichte Heilpaste, eine Wohltat für
Beinleidende.
In Apotheken erhältl. Ersatzmittel zurückweis.

Besonders günstig!
Feinste Bratheringe (4 Literdose) M. 2,70
„ Gelee-heringe „ „ 3,00
Bahnsendung zusammen 7 Dosen frei dort liefert aus täglich frischer Anfertigung
Hans Matthiesen Braterei
Eckernförde a. d. Ostsee.

Ernst Hess Nachf., (gegr. 1872)
Klingenthal, Sa., Nr. 479
Alte Musikinstr. (Harmonikas Sprechappar.) Fabrikation
Niedrigste Fabrikpreise. Gr. Jubil.-Katalog gratis. Schallplatten St. 2,30 Mark

20% Algäuer-Käse-Versand.
Empfehle meine beliebte la. Qualität
20% Stangenkäse p. Pfd. 65 ₰
in Bahn- u. Postkolli ab hier gegen Nachnahme. Kistenbezug 5 ₰ billiger. NB. Auf jede Bestellung folgt Nachbestellung. Viele Dankschreiben.
Ludwig Kuith, Memmingen im Allgäu. Postfach 82. Gegr. 1870.

Musik-Instrumente

jeder Art kaufen Sie am billigsten direkt von der Fabrik
R. Otto Meinel, Brunndöbra i. S. 33
Katalog gratis.

Achtung! **Zigaretten!** Achtung!
Delos „Spezial", Gldb. 1 1/2 Pf. 100 Stück 0,70 Mk. Bei Abnahme v. 500 St. 100 0,65 Mk. Keine Inflatw. — Versand nur gegen Nachnahme.
Paul Renner, Lugau (Erzg.) Südstr. 5.

Otto Hue: Die Bergarbeiter. 2 Bd. Vorzugspreis 8 Mk.

Bettnässen
Befreiung garant. sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft grat.
Versandh. Frauendank München 38c Tal 52.

Bettnässen
Befreiung sofort. Auskunft kostenlos. Alter Geschlecht angeb. Dr. med. Heumann & Co. Velburg 145 (Bayern)

Volksfürsorge
Gewerkschaftl. Versicherungsgesellschaft.

Fr. an ko **40 Roll-** möpse u. 40 Delikatessher. zus. 5 1/2 M. 100 neue vollfette Salzher. 5 1/2 M.
Dose 60 Brather. 5 1/2 M. 60 fette Bückl. 3 1/2 „
E. Degener, Fischkonsfabr., Swinemünde 116.

Musikinstrumente
Preisliste 629 umsonst
Edmund Paulus
Markneukirchen 629
Welches Instrum. interessiert?

Meine Seele singt! • Gedichte. • 75 Pf.

Kameraden! Berücksichtigt die in unserer Zeitung inserierenden Firmen!

Kameraden, werbt Mitglieder für den Verband!

Für heute ausverkauft!

So geht's hier jeden Tag, ein gutes Zeichen für die Qualität und Preiswürdigkeit der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband". Alle Hausfrauen loben das köstliche Aroma und den feinen Geschmack. Auch beim Kochen, Backen und Braten bewährt sie sich vorzüglich.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband" das farbig illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen.

---

hält jeden Vergleich mit Erzeugnissen der Privatindustrie aus. Verlangt im Konsumverein nur GEG-Kernseife

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE
M.B.H., HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Sie machen bedeutende Ersparnisse,

wenn Sie von dem nachstehenden Angebot Gebrauch machen:

75 cm breit	**prima Köper-Flanell,** kariert	mtr Mk.	1.15
80 cm „	**weiß Wäschetuch,** sehr gute feinfädige Ware	„ „	0.85
80 cm „	**weiß Wäschetuch,** sehr gute mittelfädige Ware	„ „	1.10
80 cm „	**weiß Cretonne,** grobfädige starke Ware	„ „	1.10
80 cm „	**weiß Louisiana Wäschetuch,** prima Aussteuerware	„ „	1.20
80 u. 130 cm	**Bettkattun,** prima Qualität, blau oder rot geblumt	Mk.	1.05 u. 1.60
78 cm breit	**Blautuch** für Schürzen und Arbeitsanzüge etwas hervorragendes	mtr Mk.	1.25
66 cm „	**braun Cord,** schöne Strapazierware	„ „	2.30
70 cm „	**farbig Zefir,** für Hemden, Blusen u. Kinderkleidchen	85 u. 95 Pfg.	
80 cm „	**farbig Zefir,** für Hemden u. Blusen, eleg. Muster	mtr Mk.	1.40
80 cm „	**Schürzen- und Blusen-Satin,** modern gemustert	„ „	1.40

Probepaket von Mk. 20.— an franko Nachnahme. Bei Nichtgefallen Umtausch oder Geld anstandslos zurück. Niemand versäume diese Gelegenheit und schreibe heute noch eine Postkarte an

Carl und Franz Munding, Freiburg i. B., Schusterstr. 27.

Prima **Schweineköpfe** mit voll. Fettbacke, gesalzen Pfd. 45 Pf. geräuchert „ 55 „
pr. mild ges. dickgeschn.
Eisbeine Pfd. 80 Pf.
Schweinekleinfleisch Pfd. 40 Pf.
Keine amerikan. Ware.
Garantie Zurücknahme.
Ab Hamburg exkl. Band. usw., von 9 Pfund an, gegen Nachnahme.
Georg Kohrs, Fleischwarenversand, **Hamburg 19/31,** Heusweg 15.
Preisl. verl. Vertr. ges.

Selbstrasierer

benutzt die deutsche „Wicking"-Rasierklinge!

Beste Edelstahl-Qualität.

Kein Schleifen der Klingen mehr nötig, da der Neupreis für die „Wicking"-Rasierklinge nicht höher wie die Kosten des Nachschleifens.

Reklamepreis pro 100 Stück Gm. 5,80
„ „ 50 „ „ 4,70
einschließlich Verpackung

dazu ein Rasierapparat in hochfeinem Etui **gratis!**

Nachnahme 50 Pf. mehr. Versand direkt an Verbraucher und Wiederverkäufer.

Alleinvertrieb: Karl Fr. Becker, Hamburg, Colonaden 43.

Zähne bringen Kinder leicht, wenn Sie das seit 20 Jahren bewährte [illegible] u. bestens empfohlene Deutsola verwenden. Deutsola wirkt fast augenblicklich schmerzlindernd und erleichtert den Durchbruch der Zähne bedeutend. Preis per Fl. M. 1.— durch Deutsola-Laboratorium [illegible] Velt. Amberg, Bayern.

Nat. rein Bienen-Schleud. **Honig** letzter Ernte, la. Qualität, feinstes, unverfälschtes Bienenprodukt, 10-Pfd.-Postdose M. 11,— franko Nachnahme.
Imkerei Reimers Quickborn, Holstein 63.

Bekannte reelle gute Bedienung

Raucher

laßt Euch nicht täuschen durch marktschreierische Reklame! Verlangen Sie sofort Gratispreisliste bei der altbekannten

Rauchtabakfabrik Bernh. Sido, Heidelberg Nr. 95.

Hier kaufen Sie am besten und billigsten

Qualitäts-

Betten

von prima hochfein echtrot u. gestreift Bettköper mit zartweicher, reichlicher Federfüllung. Große Oberbetten 16.50, 19.50, 20.50 G.-M. Große Unterbetten 15.50, 18.50, 23.50 G.-M. Große Kissen 4.50, 5.50, 6.50.

Bettfedern

1.25, 2.—, 2.50, 3.50 G.-M. Halbdaunen 4.50, 5.50, 7.50 G.-M. Daunen 9.50, 11.50, 13.50 G.-M. p. Pfd. nur staubfreie, frische Qualitäten. Kein Risiko. Nichtgefallend Umtausch oder Kaufpreis zurück. Preisliste und Muster gratis. Tausende von Kunden. Nachbestellungen und Dankschreiben. Bettenfabrik und Bettfedern-Großversand

A. u. H. Frankrone, Cassel Nr. 39

Eine frohe Botschaft

für alle Rheumatismuskranke!

Schmerzen in den Gliedern und Gelenken, geschwollene Gliedmaßen, verkrüppelte Hände und Füße, Zucken in den verschiedenen Körperteilen, ja selbst Schwäche der Augen sind vielfach die Folgen rheumatischer und gichtischer Leiden.

„Ihr Tee hat bei meiner Frau ein reines Wunder getan. Der Rheumatismus ist direkt verschwunden. Meine Frau läuft wie eine Biene. Wenn der Erfolg bleibt, so ist Ihr Tee gar nicht mit Geld zu bezahlen." So schreibt Herr Paul Fielitz, Berlin, und viele hundert Leidensgefährten schreiben ähnlich.

Weil wir wissen, daß Sie ebenso wie die vielen Tausend Ihrer Leidensgefährten mit unserem St. Josephs-Tee unbedingt zufrieden sein werden, erklären wir uns gern bereit, bis auf weiteres jedem Leser dieser Zeitung, der an Gicht und Rheumatismus leidet, ein Originalpaket St. Josephs-Tee zum

Ausnahmepreise von 1,30 Goldmark frk.

gegen Nachnahme zuzusenden, obwohl der Preis jetzt 2,50 Gm. beträgt. Porto und Nachnahmegebühren tragen wir bei der ersten Sendung.

Unsere grosse Garantie: Wir erklären uns ausdrücklich bereit, Ihnen den vollen Betrag zurückzuzahlen, wenn Sie keine Besserung verspüren. Eine größere Garantie kann man unmöglich geben. — Wir geben sie, weil wir wissen, wie oft Sie schon wertloses Zeug erhalten haben. Fordern Sie also von unserer seit 25 Jahren bestehenden Firma vertrauensvoll ein Originalpaket „St. Josephs-Tee", am besten gleich, denn um so rascher kann Ihnen geholfen werden.

Nur echt direkt von uns durch unsere Versand-Apotheke.

Dr. Zinsser & Co., Leipzig 483.
Gegründet 1898

Die beste und billigste Uhr kaufen Sie im
Uhrenhaus „HUGAMA", G. m. b. H., Dresden-Bl. 66

Echte deutsche Herrenankeruhr Nr. 4, stark vernickelt, 30stdg. Werk, genau gehend, für nur 4,— M.
Nr. 5, dieselbe mit Scharnier . . für nur 4,50 M.
Nr. 6, besseres Werk, vers. 2 Goldrd., nur 6,50 M.
Nr. 15, gz. vergoldet mit Sprungdeckel, nur 12,80 M.
Nr. 16, dieselbe, besseres schweiz. Werk, nur 21,— M.
Nr. 17, echt 800 Silb., 2 Goldränder, nur 25,00 M.
Nr. 30, Damenuhr, versilb., 2 Goldrd., nur 7,50 M.
Nr. 47, Armbanduhr, Nick., mit Riem., nur 8,— M.
Nr. 44, dies. mit bess. Werk (Leuchtbl.) nur 12,— M.

Garant'in f. jede Uhr

Nickelwecker Ia. Stück 3,60 M., Metallkapsel Stück 25 Pf. Ketten: Nickelpanzer v. 50 Pf, echt vers. v. 1,50 M., echt verg. v. 2 M., Doublé von 5 M. an. — Versand Nachnahme. — (10% Teuerungszuschlag.)
Größte Auswahl aller Uhren, Musikinstrumente, Bestecke usw.
Tägliche Nachbestellungen u. Dankschreiben, ein Beweis m. Leistungsf.
Gratis ferner 1 gut. Solinger Taschenmesser gegen diesen Inseratenausschnitt b. gleichz. Bestellung ein. Uhr.

Musterpakete zum Fabrikpreis.

A: 1 modernes Damen- RM
Cheviotkleid, 1 feine Spitzengarnitur: Damenhemd, Beinkleid, Jumper-Untertaille, Büstenhalter, 1 Paar seidenartige Strümpfe, zus. **16,50**

B: 1 Cheviotkostümrock,
1 aparte Wollbluse oder Kasak, 1 ff. Spitzenhemdhose, Nachthemd oder Prinzeßrock, 1 Figurformer mit Gummistrumpfhaltern, 1 Zierschürze, 1 Paar Seidenflorstrümpfe . . . . . zus. **17,50**

C: 1 Bettbezug
aus prima Linon, 130 breit, 2 m lang, Bettlaken, 2,25 lang, 2 Kissen, 1 Bettvorleger aus Tuch, Fellmuster, 1 Frottéhandtuch zus. **18,50**

D: 1 Damenhaus-
oder Straßenkleid, 1 kleidsamer Tuch- oder Flanellrock, 1 chicke Hemdbluse oder Kasak, 1 la. Wirtschaftsschürze, 1 schwarzes Jumperunterkleid, 1 Seidenschleifen-Trikotschlüpfer . . . zus. **19,50**

E: 1 Seidentrikotkleid,
1 Seidentrikot-Unterkleid, 1 Seidentrikot-Schlüpfer, 1 feinen Spitzenprinzeßrock . . . . . zus. **20,50**

F: 1 Kosak-Mantel, kostümartig,
1 prima Seidentrikotkasak, 70 cm, selten schöne Batikmotive, 1 Paar seidene Damenstrümpfe . . . . . zus. **27,50**
Alles Größen 42 bis 48, Extragrößen Maßangaben.

G: 1 Tuch-Joppe,
Sportform, 1 Nachthemd, 1 weißes Oberhemd, 1 prima Macco- oder Wollgemischt-Normalhemd, 3 Paar reinwollene Rheumastrümpfe, Größe 46 bis 56 . . . . . zus. **22,50**

Nachnahmeversand. Bei Vorauszahlung Frankolieferung. Nichtentsprechendes Umtausch oder Zurücknahme. — Dauernd lieferbar! Viele Dankschreiben!

Textilhaus Schreiber, Berlin-Schöneberg,
Bahnstraße 46. Ford-System.

Billigste bayer. Bezugsquelle für

echt böhm. Bettfedern

nur gute füllfertige Sorten

graue G.M. 1,50, halbw. Rupf. 2,50, weiße flaumige 3,80, sehr flaumreiche 4,50, prima Flaumrupf 5,—, allerfeinst. Flaummischung. 6,50 und 8,—, Brustflaum 13,50 und 15,—, alles pro Pfund.
Neue fertige Betten aus ja. rot Inlett, 1 Oberbett, 1½ schläfig 39,—, 1 Kissen 12,50 (weiße Füllung). 1 Unterbett 28,50. Muster u. ausf. Preisliste umsonst. Versand von 9 Pfd. franko u. zollfr. geg. Nachn.
Josef Christl Nachf., Cham 441, bayr. Wald
Umtausch gestattet od. Geld — Reellste Bedienung.

Verlangen Sie Preisliste! Die echten Verlangen Sie Preisliste!

Thüringer Hausmittel:

Hienfong-Essenz	30 Flaschen	Mark	8,10
Karmelitergeist	24 „	„	9,10
Alpenkräutertee	30 Pakete	„	13,50

franko jeder deutschen Poststation, inkl. Verpackung, gegen Nachnahme.

Ferd. Liebmanns Nachf.,
chem.-pharm. Fabrik, gegründet 1770,
Oberweissbach i. Thür. 16.

Schweinsköpfe

mit dicker, durchwachsener Backe. Jedermann ist zufrieden, sonst Zurücknahme. 9 Pfd. netto M. 9,95, 30 u. 50 Pfd. Bahnkübel Pfd. 43 Pf. 9 Pfd. Holst. Brodenkäse M. 4,50. 9 Pfd. rote Kugelkäse M. 4,60. 9 Pfd. dän. Edamer Fettkäse M. 7,90. 9 Pfund Schweizer Fettkäse M. 10,35. 9 Pfund Tilsiter Vollfettkäse M. 11,60 ab Nortorf Nachnahme.
Carl Ramm, Nortorf (Holst.) Nr. 111.

Eiterungen

aller Art, wie: Furunkel, Umlauf, Krampfadergeschwüre, Blutvergiftungs- und Brustdrüseneiterungen, offene Beine beseitigt

ILON-SALBE

in kürzester Zeit bei sofortiger starker Schmerzaufhebung, in Kliniken u. Krankenhäusern mit größtem Erfolg angewendet. Preis portofrei M. 2,20 vom ILON-Laboratorium Freiberg i. Br. 6.

Togal-Tabletten hervorragend bewährt bei: **Gicht, Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen.**

Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Fragen Sie Ihren Arzt. — **In allen Apotheken erhältlich.**
Best. 12,6% Lith, 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic, ad 100 Amyl.

Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich überallhin gegen bequeme Wochenraten von nur Gmk. 1.— an
Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen etc., Sprechapparate und Platten, Harmonikas, Uhren, Photographische Apparate etc. Jll. Katalog A gratis u. frei.
Walter H. Gartz, Postfach 828A Berlin S. 42.

Ihr Geldbeutel

wird fett, wenn Sie billig rauchen. Es kostet 5 Pfg.
für eine Karte an Tabakfabrik „Weltruf"
E. Köller, Bruchsal Nr. 169
um Preisliste.
Riskieren Sie es, Sie bereuen es nicht.

An alle Asthmaleidende!

Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:

Das von Ihnen gesandte Heilmittel gegen Asthma und Lungenleiden hat mir geholfen. Fühle mich wie neugeboren. P. L. in P. — Ihr gesandter Lungenbalsam ist sehr vorteilhaft und soll bei keinem Lungenkranken fehlen. Ich erzielte wunderbaren Erfolg damit. J. F. i. C. — Ihr Nymphosan-Sirup hat meiner Frau und mir bei hartem Luftröhrenkatarrh gute Dienste getan. Nach nur einmaligem Gebrauch war der quälende Husten verschwunden und die Verschleimung beseitigt. Dieser überraschende Erfolg hat mich veranlaßt, das Mittel meinen Bekannten warm zu empfehlen. K. R. Sch. i. N.

So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben. Best.: Balf. Mhr. cps. 3 %, Na benz. 0,1 %, Na. br. 2 %, Ferr. pept. oxyd. liqu. aa 5 %, Extra Malt. 24 %, Sach. 16 % f. emuls. Preis pro Flasche Mk. 3,—.
Zu haben in „Alte Apotheke" und „Einhorn-Apotheke".
Alleinhersteller: **Nymphosan A.-G., München 38**

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern!**

1 Pfund graue, gute geschlissene Bettfedern 1,20 M., halbweiße gute 1,50 M., weiße flaumige geschlissene 2 M., 2,50 M., 3 M., feinste Halbflaum-Herrschaftsfed. 4 M., 5 M., 6 M. Versand zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an auch franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Ausführliche Preisliste gratis.
S. Benisch, Prag-Weinberge, Kramerova Nr. 26/709, Böhm.

Raucher! --- Eilt!

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Nur noch kurze Zeit kann der Raucher billigen und guten Tabak rauchen, da die schon im nächsten Monat in Kraft tretende Zoll- u. Steuererhöhung den Tabak um mindestens 30 Proz. verteuert. Bis dahin liefere noch meine überall als vorzüglich beliebten **Rauchtabake** zu beigesetzten Preisen.

	Pro Pfund Mk.
ff. überseeischen **Rippentabak** (Grobschn.)	0,80
Mittelschnitt A. (Blattmischung)	1,—
Mittelschnitt B. (50 % übers. Tabak)	1,20
Krüllschnitt (übers. und Orienttabak)	1,50
Feinschnitt für kurze Pfeife (goldgelb) Uebersee- und Orienttabak	1,80

in Packungen von 250 und 500 Gramm.
ff. **übers. Zigarren** zu 6 bis 15 Pf. pr. Stück in Kistchen von 50 Stück. — Von 6 Pfund an frei Haus, unter 6 Pfund nur gegen Portoberechnung unter Nachnahme.

Gg. Zöller Tabak- u. Zigarrenfabrik Bruchsal (Bad.) ggr. 1898

Bandwurm-

Spul- und Madenwürmer entziehen d. Körper die best. Säfte, der Mensch w. blutarm, nervös, elend und schlapp. Bleichsücht. u. blutarme Frauen und Mädchen, Magen- u. Weißflußleid. sowie nervöse Perf. usw. leid. i. d. meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber i. Krankheit nicht. Heute bedarf jeder d. so teuren Lebensmittel für sich u. dürfen diese nicht v. d. Würmern geraubt werden. Auskft. kostenlos. (Rückporto.) Keine Hungerkur!
Wurm-Rose Hamburg 11s 75

Bettnässen

Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umf.
Institut Winkler, München B 42, Nimphenburgerstr. 168.

Kein Bergmann ohne Köppel's Latschenöl-

Hirschtalgsalbe

tausendf. bewährt, ärztl. empfohlen gegen Wundgehen, Fußschweiß, Aufliegen, Hautausschläge, Schrunden, Hartflechte, Sonnenbrand, **Brandwunden, off. Hämorrhoiden,** offene Füße, rheumatische Schmerzen, Nervenreizen usw.
Glänz. Anerkennungen! Kostenl. Prospektzusend. Tube 1,60, 4 Tuben 6 M. Franko gegen Nachnahme
K. v. Koeppel, Latschenöl-Destillationen **Passing** (Bayern). Gegründet 1894.

Rat u. Auskunft frei! Magen-, Gicht-, Rheuma-, Haut- u. a. Kranke **Krankenschw. Elsa,** staatl. gepr. Berlin NW. Turmstr. 1. (Rückporto)

Futterale

für Mitgliedsbücher
Preis 10 Pfg.
H. Hansmann & Co., Bochum i. W.

FAHRRÄDER 62 MARK

FRACHTFREI EMPFANGSSTATION
NACHNAHME ODER VORAUSZAHLUNG
FORDERN SIE GRATIS UND FRANKO KATALOG VON DER
„SIGURD"-GESELLSCHAFT M. B. H., CASSEL 78

Merkt auf! Gartenfreunde!

Spart nicht an falscher Stelle. Kauft nur das Beste. Hohe Keimkraft, Sortenechtheit, geringe Versandkosten sind schon seit Jahrzehnten die Merkmale der Adlersaat. Wartet nicht! Verlangt noch heute den Katalog (kostenfrei). Adlers Feld- und Gartensämereien bringen Freude in jedes Haus. Nur das Beste ist das Billigste.

Adlersaat-Samenzucht Adler & Co. Erfurt 7